

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
auf der Grundlage der
Vergabe- und Vertragsordnung im Anwendungsbereich
der Richtlinie 2014/24/EU (VOB/A-EU)

VERGABELEITFADEN

[es handelt sich hierbei um die Teilnahmebedingungen (§ 8 EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A)
für das gegenständliche Vergabeverfahren]

Beschaffung von
Totalunternehmerleistungen
mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen für alle erforderlichen
Leistungsbilder der HOAI
für den Neubau eines Feuerwehrhauses in Achberg.

Version 1.0 – Stand 22.06.2026 [Anlage 900]

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Entsprechende Bezeichnungen und Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich geschlechtsunabhängig. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Kurzanleitung.....	6
2.	Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.....	7
3.	Terminplan.....	7
4.	Definitionen.....	9
5.	Basisdaten.....	15
5.1.	Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation).....	16
5.2.	E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt	16
6.	Verfahrensangaben	16
6.1.	Adressen / Auftraggeber	16
6.1.1.	Auftraggeber	16
6.1.1.1.	Auftraggeber	16
6.1.1.2.	Angaben zum Auftraggeber	17
6.1.1.3.	Gemeinsame Beschaffung	17
6.1.2.	Beschaffungsdienstleisters	17
6.1.3.	Weitere Auskünfte	18
6.1.4.	Rechtsbehelfsverfahren /Nachprüfungsverfahren	18
6.1.4.1.	Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt	18
6.1.4.2.	Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs- / Nachprüfungsverfahren.....	18
6.1.4.3.	Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren	18
6.2.	Auftragsgegenstand.....	18
6.2.1.	Klassifikation des Auftrags	18
6.2.2.	Umfang der Beschaffung	19
6.2.2.1.	Kurze Beschreibung	19
6.2.2.2.	Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Dienstleistung bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)	19
6.2.2.3.	Umfang der Auftragsvergabe	21
6.2.2.4.	Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems	21
6.2.3.	Erfüllungsort(e)	21
6.2.3.1.	Erfüllungsort(e)	21
6.2.3.2.	Weitere Erfüllungsorte	22



6.2.4.	Zuschlagskriterien.....	22
6.2.5.	Wertung der (Zuschlags-)Kriterien	37
6.2.5.1.	Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte (L)	37
6.2.5.2.	Ermittlung der preislichen Leistungspunkte über den wertungsrelevanten Preis (P).....	38
6.2.5.3.	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots	39
6.2.6.	Weitere Informationen	40
6.2.6.1.	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union	40
6.2.6.2.	Angaben zu KMU.....	40
6.2.6.3.	Angaben zu Optionen	40
6.2.6.4.	Zusätzliche Angaben	43
6.3.	Verfahren.....	43
6.3.1.	Verfahrensart.....	43
6.3.1.1.	Verfahrensart.....	43
6.3.1.2.	Angaben zum Verfahren	43
6.3.1.3.	Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)	43
6.3.2.	Besondere Methoden und Instrumente im Vergabeverfahren	43
6.3.2.1.	Angaben zur Rahmenvereinbarung	43
6.3.2.2.	Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem	43
6.3.2.3.	Angaben zur elektronischen Auktion.....	44
6.3.3.	Angaben zur Wiederkehr von Aufträgen	44
6.3.4.	Strategische Auftragsvergabe.....	44
6.3.4.1.	Strategische Auftragsvergabe.....	44
6.3.4.2.	Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge.....	44
6.3.5.	Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen	44
6.3.6.	Auftragsunterlagen	45
6.3.7.	Sonstiges / Weitere Angaben.....	45
6.3.7.1.	Kommunikationskanal.....	45
6.3.7.2.	Einlegung von Rechtsbehelfen	45
6.3.7.3.	Weitere Angaben	47
6.3.7.4.	Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren	47
6.3.7.5.	Anwendbarkeit der Verordnung zu drittstaatlichen Subventionen	47
6.3.7.6.	Zusätzliche Informationen.....	47
6.4.	Teilnahmeanträge.....	50



6.4.1.	Anforderungen an Teilnahmeanträge / Angebote.....	50
6.4.1.1.	Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote.....	50
6.4.1.2.	Anforderungen an die Form der elektronischen Übermittlung	50
6.4.1.3.	Eingabemöglichkeit für Preise innerhalb des Bietertools.....	50
6.4.1.4.	Sprache(n), in der (denen) Teilnahmeanträge / Angebote eingereicht werden können.....	50
6.4.1.5.	Varianten / Alternativangebote.....	51
6.4.1.6.	Elektronische Kataloge	51
6.4.1.7.	Mehrere Angebote pro Bieter.....	51
6.4.2.	Verwaltungsangaben	51
6.4.2.1.	Nachforderung.....	51
6.5.	Bedingungen	53
6.5.1.	Ausschlussgründe	53
6.5.1.1.	Ort der Angabe der Ausschlussgründe	53
	Ort der Angabe der Ausschlussgründe.....	53
6.5.1.2.	Auswahl der Ausschlussgründe	53
6.5.2.	Begrenzung der Bieter.....	57
6.5.3.	Teilnahmebedingungen	57
6.5.3.1.	Eignungskriterien / Ausschreibungsbedingungen	57
6.5.3.2.	Finanzierung.....	65
6.5.3.3.	Rechtsform des Bieters.....	65
6.5.4.	Bedingungen für den Auftrag	65
6.5.4.1.	Bedingungen für den Auftrag	65
6.5.4.2.	Angaben zu geschützten Beschäftigungsverhältnissen	73
6.5.4.3.	Angaben zur reservierten Teilnahme	73
6.5.4.4.	Angaben zur beruflichen Qualifikation.....	73
6.5.4.5.	Angaben zur Sicherheitsprüfung.....	73
6.6.	Lose.....	73
7.	Vergabeunterlagen	73
7.1.	Anschreiben.....	73
7.2.	Leistungsbeschreibungen	74
7.3.	Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente.....	74
7.4.	Vertragsbedingungen	74



7.5.	Sonstiges.....	74
8.	Kommunikation	74
8.1.	E-Vergabe – Weitere Informationen.....	74
8.2.	Sonstige Kommunikation	75
8.3.	Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote	75
8.4.	Anlagen des Auftraggebers	77
8.5.	Gewerbliche Schutzrechte	77
8.6.	Wettbewerbsregister	77
8.7.	Statistische Abfragen.....	77
8.8.	Sicherstellung des Wettbewerbs.....	78
8.9.	Vertraulichkeit und Geheimhaltung	78
8.10.	Beschaffung weiterer Informationen	79
8.11.	Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen	80
8.12.	Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	80
9.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote.....	81
10.	Checkliste Teilnahmeantrag	81
11.	Checkliste Angebote	82
12.	Ortsbesichtigung.....	82
13.	Verhandlungen	82
13.1.	Verhandlungsvorschläge	83
13.2.	Verhandlungstermine.....	84
14.	Anlagen	85

1. Kurzanleitung

a) Bitte schauen Sie sich zunächst an

- die **Eignungskriterien und die Auswahlkriterien**
[Kapitel 6.5.3. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900];
- die **Zuschlagskriterien** und die **Wertung der Zuschlagskriterien**
[Kapitel 6.2.4. und Kapitel 6.2.5. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900];
- die besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, insbesondere die Mindestanforderungen an die Leistungserbringung [Kapitel 6.5.3. in diesem Vergabeleitfaden, Anlage 900];
- das **Preisblatt** [Anlage 803];
- den **Totalunternehmervertrag** im Entwurf [Anlage 907];
- die **Funktionale Leistungsbeschreibung** [Anlage 802];

sowie

- das Vorgehen zu den **Verhandlungen**, mithin zu den Verhandlungsvorschlägen und zu den Verhandlungsterminen [Kapitel 13. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900].
- b) Bitte stellen Sie möglichst rasch hierzu Fragen über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform **Deutsches Vergabeportal DTVP** („E-Vergabepattform“), soweit Sie beispielsweise der Auffassung sind, dass die Anforderungen und / oder einzelne Klauseln in dem Vertrag im Entwurf wettbewerbseinschränkend wirken oder unverhältnismäßig sein könnten.
- c) Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der **Fragen (Bewerber- und Bieterfragen)** prüfen, ob und inwieweit er die Anforderungen reduziert, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen.

- d) Die Bewerber sollten für die Einreichung der Teilnahmeanträge die „**Checkliste Teilnahmeanträge**“ [**Anlage 105**] verwenden, um rasch den Teilnahmeantrag zu erstellen
- e) Die Bieter sollten für die Einreichung der Angebote die „**Checkliste Angebote**“ [**Anlage 106**] verwenden, um rasch das Angebot zu erstellen.

2. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Auf der Grundlage dieser Vergabeunterlagen (auch als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) einschließlich aller Anlagen werden alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer gemäß **§ 3b EU Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 VOB/A** zu der Abgabe eines **Teilnahmeantrags** aufgefordert.

3. Terminplan

Voraussichtlicher Tag der Absendung der EU-Auftragsbekanntmachung	Montag, 22. Juni 2026
Bewerberfragen sollten möglichst gestellt werden bis zum (hinsichtlich der Erstellung der Teilnahmeanträge)	Freitag, 17. Juli 2026 (24:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der Teilnahmeanträge; Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (Teilnahmefrist)	Montag, 27. Juli 2026 (10:00 Uhr) [Eingang über die E-Vergabeplattform]
Aufforderung zur Abgabe der indikativen Erstangebote	Mittwoch, 12. August 2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der indikativen Erstangebote) bis zum	Dienstag, 6. Oktober 2026 (24:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der indikativen Erstangebote (1. Angebotsfrist)	Donnerstag, 15. Oktober 2026 (10:00 Uhr) [Eingang über die



	E-Vergabeplattform]
Versendung der Einladung zum Verhandlungstermin	Dienstag, 9. März 2027
Verhandlungstag(e) / Verhandlungstermine HINWEIS: Die Bieter werden gebeten, die Verhandlungstermine im Rahmen der Terminplanung freizuhalten	Dienstag, 23. März 2027 sowie Mittwoch, 24. März 2027
Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote	Dienstag, 13. April 2027
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der endgültigen Angebote) bis zum	Dienstag, 2. März 2027 (24:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der endgültigen Angebote (2. Angebotsfrist)	Dienstag, 11. Mai 2027 (10:00 Uhr) [Eingang über die E-Vergabeplattform]
(Voraussichtliche) Benachrichtigung gemäß § 134 GWB (Absageschreiben an unterlegene Bieter)	Freitag, 28. Mai 2027
(Voraussichtlicher) Zuschlag	Dienstag, 8. Juni 2027
Bindefrist für die indikativen Erstangebote	Montag, 14. Dezember 2026 (24:00 Uhr) [60 Kalendertage nach dem Ablauf der Frist zur Abgabe der indikativen Erstangebote (1. Angebotsfrist)]
Bindefrist für die endgültigen Angebote	Montag, 12. Juli 2027 (24:00 Uhr) [60 Kalendertage nach dem Ablauf der Frist zur Abgabe

	der endgültigen Angebote (2. Angebotsfrist)]
--	---

Die Fristen sind bindend, soweit und solange der Auftraggeber hiervon nicht abweicht. Somit behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den voraussichtlichen Terminplan anzupassen.

Hinweise zu dem vergaberechtlichen Terminplan

Die indikativen Erstangebote haben in dem gegenständlichen Vergabeverfahren eine besondere Funktion. Die von den Bietern eingereichten Planungsansätze und Unterlagen (= **planerischer Vorentwurf für das geplante Feuerwehrhaus**) bilden die Grundlage sowohl für die beantragte Fördermittelbewilligung als auch für die weitere Bauleitplanung (Bebauungsplan und Flächennutzungsplan).

Nach Eingang und Auswertung der indikativen Erstangebote werden zunächst die erforderlichen Schritte in dem Fördermittelverfahren sowie in dem Bauleitplanverfahren durchgeführt. Hierzu gehören insbesondere die Erstellung und Abstimmung der Planentwürfe, die Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB sowie die anschließenden Abwägungs- und Satzungsbeschlüsse. Parallel hierzu wird die Entscheidung über die beantragten Fördermittel erwartet.

Die Verhandlungsgespräche werden deshalb erst zu einem Zeitpunkt aufgenommen, zu dem die wesentlichen planungsrechtlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen hinreichend konkretisiert sind. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Verhandlungen und die endgültigen Angebote auf einer belastbaren Grundlage geführt werden können und spätere grundlegende Anpassungen des Projekts möglichst vermieden werden.

4. Definitionen

- „**Vergabeunterlagen**“ (auch synonym als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) sind sämtliche Unterlagen, die vom öffentlichen Auftraggeber erstellt werden oder auf die er sich bezieht, um Bestandteile der Auftragsvergabe oder des Verfahrens zu beschreiben oder festzulegen, insbesondere dieser **Vergabeleitfaden** und sämtliche Anlagen; zu den Vergabeunterlagen zählen die (EU-) Auftragsbekanntmachung, etwaige EU-Änderungsbekanntmachung(en), die

technischen Spezifikationen, die Beschreibung, die vorgeschlagenen Auftragsbedingungen, Formate für die Einreichung von Unterlagen seitens der interessierten Wirtschaftsteilnehmer, Informationen über allgemeingültige Verpflichtungen sowie sonstige zusätzliche Unterlagen.

- Als **„öffentlicher Auftraggeber“** (in diesem Vergabeverfahren auch als **„Auftraggeber“** bezeichnet) wird die

Gemeinde Achberg

Körperschaft des öffentlichen Rechts

bezeichnet.

- **„Öffentliche Dienstleistungsaufträge“** sind öffentliche Aufträge über die Erbringung von Dienstleistungen, bei denen es sich nicht um öffentliche Bauaufträge handelt.
- **„Öffentliche Aufträge“** sind zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen.
- Als **„Wirtschaftsteilnehmer“** wird eine natürliche oder juristische Person oder öffentliche Einrichtung oder eine Gruppe solcher Personen und/oder Einrichtungen bezeichnet, einschließlich jedes vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen, die beziehungsweise der auf dem Markt die Ausführung von Bauleistungen, die Errichtung von Bauwerken, die Lieferung von Waren beziehungsweise die Erbringung von Dienstleistungen anbietet. Anstatt des Begriffs **„Wirtschaftsteilnehmer“** wird in diesem Vergabeverfahren synonym auch die Begrifflichkeit **„Unternehmen“** verwendet.
- Die **an dem ausgeschriebenen (losweisen) Auftrag interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, gleich ob **„Bewerber“**, **„Bewerbergemeinschaft“**, **„Bieter“** oder **„Bietergemeinschaft“**, werden in dem gegenständlichen Vergabeverfahren als **„interessierte Wirtschaftsteilnehmer“** bezeichnet.
- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in einem **Teilnahmewettbewerb** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als **„Bewerbergemeinschaft“** konkretisiert. Teilweise wird die

Bewerbergemeinschaft aus Gründen der Klarstellung auch als „Bewerber- / Bietergemeinschaft“ bezeichnet.

- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in der **Angebotsphase** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als „**Bietergemeinschaft**“ konkretisiert.
- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in einem Teilnahmewettbewerb an dem Vergabeverfahren teilnehmen, gleich ob Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaft, werden teilweise auch als „**Bewerber**“ bezeichnet.
- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in der Angebotsphase teilnehmen, gleich ob Einzelbieter oder Bietergemeinschaft werden teilweise auch als „**Bieter**“ bezeichnet.
- Wird ein Bewerber mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird dieser ab diesem Zeitpunkt als „**Bieter**“ bezeichnet. Der Bewerber transformiert somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu einem Bieter.
- Wird eine Bewerbergemeinschaft mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird diese als „**Bietergemeinschaft**“ oder aus Vereinfachungsgründen „**Bieter**“ bezeichnet. Die Bewerbergemeinschaft geht somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe in eine Bietergemeinschaft über.
- Ein „**Unterauftragnehmer**“ (auch als „Nachunternehmer“ oder „Subunternehmer“ bezeichnet) ist ein Wirtschaftsteilnehmer, der vornehmlich aufgrund eines Unterauftrags (bspw. eines Werk- oder Dienstvertrages) im Auftrag des **Bieters / der Bietergemeinschaft** oder als Unterauftragnehmer eines Unterauftragnehmers des **Bieters / der Bietergemeinschaft** (sog. **Unter-Unterauftragnehmer**) oder auf weiteren Stufen in der Kette der Unterauftragsvergabe, die gesamte oder einen Teil der von **dem Bieter / der Bietergemeinschaft** gegenüber dem Auftraggeber geschuldeten Leistung erbringt.
- In Bezug auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kriterien für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** (sog. „**eignungsleihendes**“

Unternehmen“) die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. **„eignungsverleihendes Unternehmen“)** im Wege der sog. **„Eignungsleihe“** in Anspruch nehmen.

- Als **„Dritte“** werden in diesem Vergabeverfahren sowohl **„reine Unterauftragnehmer“** bezeichnet als auch solche Unternehmen, deren Kapazitäten ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** für die Eignungsleihe in Anspruch nimmt (sog. **„eignungsverleihendes Unternehmen“)** sowie Unternehmen, bei denen beide Voraussetzungen (eignungsverleihendes Unternehmen als Unterauftragnehmer) gleichzeitig gegeben sind (sog. **„eignungsverleihende Unterauftragnehmer“**).
- Der Bieter / die Bietergemeinschaft, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt wird, wird als **„Zuschlagsempfänger“** oder **„Auftragnehmer“** bezeichnet.
- **Angebote** in einem Verhandlungsverfahren dient als Oberbegriff; darunter zu verstehen sind (indikative) Erstangebote, etwaige weitere Angebote (Folgeangebote) und auch endgültige Angebote.
- **Erstangebote** sind die ersten Angebote, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens abgibt.
- **Weitere Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft nur dann einreichen darf, falls der Auftraggeber zur Abgabe weiterer Angebote auffordert. In einem solchen Fall findet eine weitere Verhandlungsrunde statt.
- **Indikative Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens und dürfen von den Vergabeunterlagen abweichen, indem sie die Vergabeunterlagen ändern. Indikative Angebote sind zulässig, wenn sie die (nicht verhandelbaren) Mindestanforderungen an die Leistungserbringung erfüllen. Indikative Angebote dürfen ausschließlich Erstangebote (sog. **indikative Erstangebote**) und etwaige weitere Angebote (sog. **indikative weitere Angebote**) sein. Endgültige Angebote hingegen dürfen nicht von den Vergabeunterlagen abweichen. Indikative endgültige Angebote sind daher nicht zugelassen.
- (Verbindliche) **Endgültige Angebote** sind finale Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, über die nicht mehr verhandelt werden darf. Weicht ein

endgültiges Angebot von den Vergabeunterlagen ab, indem es die Vergabeunterlagen ändert, führt dies zum Ausschluss des endgültigen Angebots.

- Ein „**Totalunternehmer**“ ist ein Unternehmen, das bei der Errichtung eines Bauwerkes selbst und / oder durch seine Unterauftragnehmer neben der Bauausführung auch Planungsleistungen erbringt. Der Umfang der Planungsleistungen umfasst mindestens die Ausführungsplanung (Werkplanung), bei Bedarf auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Der Totalunternehmer übernimmt im Gegensatz zu einem Generalunternehmer auch Planungsaufgaben, die ansonsten direkt von dem Bauherrn beauftragten Planern (Ingenieure und Architekten) erledigt werden. Der Totalunternehmer trägt die Gesamtverantwortung für die Planung und Ausführung des Baus.
- „**Projektleiter**“ ist die zentrale Führungskraft des Projekts und trägt die Gesamtverantwortung für dessen erfolgreiche Umsetzung. Er ist der Hauptansprechpartner für den Auftraggeber und verantwortlich für die Planung, Steuerung und Überwachung aller Projektphasen.

Seine Hauptaufgaben sind insbesondere:

- Gesamtverantwortung: Übernimmt die Verantwortung für das gesamte Projekt hinsichtlich Kosten, Zeit und Qualität.
- Projektplanung und -steuerung: Entwickelt den Projektplan, überwacht den Fortschritt und passt den Plan bei Bedarf an.
- Kommunikation: Fungiert als Hauptansprechpartner für den Auftraggeber, das Projektteam und alle weiteren Stakeholder.
- Risikomanagement: Identifiziert potenzielle Risiken, bewertet diese und entwickelt Strategien zu deren Minimierung.
- Ressourcenmanagement: Stellt sicher, dass alle notwendigen Ressourcen (Personal, Materialien, Finanzen) zur Verfügung stehen und optimal eingesetzt werden.
- Qualitätssicherung: Gewährleistet, dass alle Projektaktivitäten den geforderten Qualitätsstandards entsprechen.

- Berichterstattung: Erstellt regelmäßige Fortschrittsberichte für den Auftraggeber und andere wichtige Stakeholder.
- Ein **„stellvertretender Projektleiter“** unterstützt den Projektleiter in allen Aufgabenbereichen und vertritt ihn bei dessen Abwesenheit. Er sorgt dafür, dass der Projektfortschritt auch ohne die direkte Anwesenheit des Projektleiters reibungslos weiterläuft.

Seine Hauptaufgaben sind insbesondere:

- Unterstützung: Assistierte dem Projektleiter in der Projektplanung, -steuerung und -überwachung.
 - Vertretung: Übernimmt die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Projektleiters bei dessen Abwesenheit.
 - Kommunikation: Unterstützt die Kommunikation zwischen dem Projektleiter, dem Projektteam und den Stakeholdern.
 - Risikomanagement: Hilft bei der Identifizierung und Bewertung von Risiken sowie der Entwicklung von Gegenmaßnahmen.
 - Qualitätssicherung: Unterstützt die Überwachung der Einhaltung von Qualitätsstandards.
 - Koordination: Koordiniert spezifische Aufgaben und Teilprojekte innerhalb des Gesamtprojekts.
 - Berichterstattung: Bereitet Berichte und Dokumentationen vor, die von dem Projektleiter verwendet werden.
-
- **„Verantwortlicher für die technischen Anlagen (HLS / ELT)“** ist die fachlich verantwortliche Person für die Planung, Koordination und Qualitätssicherung der technischen Gebäudeausrüstung in ihrem jeweiligen Fachbereich (Heizung, Lüftung, Sanitär bzw. Elektrotechnik). Er stellt sicher, dass die technischen

Anlagen den funktionalen, wirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen entsprechen und in das Gesamtprojekt integriert werden.

Seine Hauptaufgaben sind insbesondere:

- Fachverantwortung: Übernimmt die fachliche Gesamtverantwortung für die Planung und Umsetzung der technischen Anlagen in den Bereichen Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) und Elektrotechnik (ELT).
- Planungskoordination: Koordiniert die fachplanerischen Leistungen innerhalb seines Gewerks und stimmt diese mit anderen Gewerken sowie der Gesamtplanung ab.
- Schnittstellenmanagement: Gewährleistet die Abstimmung der technischen Anlagen mit angrenzenden Disziplinen (insbesondere Architektur, Tragwerksplanung und andere TGA-Gewerke).
- Qualitätssicherung: Stellt sicher, dass die Planung und Ausführung den anerkannten Regeln der Technik, den vertraglichen Anforderungen sowie den geltenden Normen und Vorschriften entspricht.
- Mitwirkung an Kosten- und Terminsteuerung: Unterstützt den Projektleiter bei der Einhaltung von Kosten- und Terminvorgaben im Hinblick auf die technischen Anlagen.
- Risikobewertung: Identifiziert fachbezogene Risiken und wirkt an der Entwicklung geeigneter Gegenmaßnahmen mit.
- Fachliche Kommunikation: Fungiert als Ansprechpartner für alle fachlichen Fragestellungen im Bereich HLS bzw. ELT gegenüber dem Projektteam, dem Auftraggeber und weiteren Beteiligten.
- Mitwirkung bei Berichten und Dokumentation: Liefert fachliche Beiträge zu Berichten, Entscheidungsgrundlagen und Dokumentationen.

5. Basisdaten

Identifikationsnummer	CXP4Y1AM9UR
Projekt	EU-weite Ausschreibung (eForms-GDK-2.1.0)



Art der Ausschreibung	Dienstleistung und Bauleistung
Verfahrensart	VOB/A-EU – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Ausgewählter Formularsatz	VHB VOB BUND [für dieses Vergabeverfahren nicht relevant]
Vergabenummer	Gemeinde Achberg_GMA777.0001
Kurzbezeichnung	Totalunternehmerleistungen mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen für alle erforderlichen Leistungsbilder der HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses in Achberg

5.1. Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation)

☒ Anonymer Zugang (Keine Registrierung erforderlich)

5.2. E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt

☐ ~~(falls hier angekreuzt, erfolgt eine Information an den Auftraggeber)~~

Sprache, in der die Bekanntmachung erfasst und an das Amt für Veröffentlichungen der EU übermittelt wird: **DE (Deutsch)**

6. Verfahrensangaben

6.1. Adressen / Auftraggeber

6.1.1. Auftraggeber

6.1.1.1. Auftraggeber

Offizielle Bezeichnung	Gemeinde Achberg Körperschaft des öffentlichen Rechts
Nationale Identifikationsnummer (Leitweg-ID z.B.: 991-1234512345-06)	08436001-A9434-75



Hauptadresse (URL)	https://www.achberg.de
Adresse des Beschafferprofils (URL)	/
Postanschrift	Kirchstraße 9
Postleitzahl	88147
Ort	Achberg
Land	Deutschland
NUTS Code	DE148
Kontaktstelle	/
E-Mail	info@achberg.de
Telefon	+49 8380 98141-0
Fax	+49 8380 98141-19

6.1.1.2. Angaben zum Auftraggeber

Art des Auftraggebers:

- ☒ Körperschaft des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene

Haupttätigkeit des öffentlichen Auftraggebers:

- ☒ Allgemeine öffentliche Verwaltung

6.1.1.3. Gemeinsame Beschaffung

- ☐ ~~Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben~~
- ☐ ~~Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle erworben~~
- ☐ ~~Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung~~

6.1.2. Beschaffungsdienstleister

- ☒ kein Beschaffungsdienstleister

6.1.3. Weitere Auskünfte

- ☒ oben genannte Stelle (ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform)

6.1.4. Rechtsbehelfsverfahren /Nachprüfungsverfahren

6.1.4.1. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

- ☒ In Deutschland existiert keine Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

6.1.4.2. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs- / Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung	Vergabekammer Baden-Württemberg
Nationale Identifikationsnummer	08-A9866-40
Hauptadresse (URL)	https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/
Postanschrift	Kapellenstrasse 17
Postleitzahl	76131
Ort	Karlsruhe
Land	Deutschland
NUTS-Code	DE122
Kontaktstelle	/
E-Mail	vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon	+49 721 926-8730
Fax	+49 0721 926-3985

6.1.4.3. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

- ☒ Keine Stelle für Schlichtungsverfahren (ab Erreichen des EU-Schwellenwerts)

6.2. Auftragsgegenstand

6.2.1. Klassifikation des Auftrags

Art des Auftrags	Dienstleistungen und Bauleistungen
Haupt-CPV-Code	45000000-7 Bauarbeiten
Weitere CPV-Codes	71320000-7 Planungsleistungen im Bauwesen

6.2.2. Umfang der Beschaffung

6.2.2.1. Kurze Beschreibung

Totalunternehmerleistungen mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen für alle erforderlichen Leistungsbilder der HOAI für den Neubau des Feuerwehrhauses in Achberg.

6.2.2.2. Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Dienstleistung bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)

Die Gemeinde Achberg plant den Neubau eines Feuerwehrhauses mit 4 Stellplätzen auf dem Flurstück 185/54 an der Liebenweiler Straße in Achberg-Esseratsweiler im Landkreis Ravensburg. Das Feuerwehrhaus soll eine Fahrzeughalle, Räume für die Einsatz- und Übungsabwicklung sowie Räume für Ausbildung, Aufenthalt und Verwaltung und eine Werkstatt sowie einen Lagerraum enthalten.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist die Beschaffung von Totalunternehmerleistungen mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen der HOAI 2021 für alle erforderlichen Leistungsbilder der HOAI 2021 für die schlüsselfertige Errichtung (Planung und Bau) eines Feuerwehrhauses in Achberg.

Hierfür sind alle weiteren für das Projekt notwendigen Planungsleistungen von dem Auftragnehmer oder von ihm zu beauftragender Nachunternehmer zu erbringen. Dies umfasst insbesondere alle jeweils erforderlichen Leistungsbereiche analog HOAI 2021 (Grundleistungen und Besondere Leistungen), wie beispielsweise die Objektplanung Gebäude und Innenräume, die Freiflächen- und Infrastrukturplanung, die Fachplanung Technische Ausrüstung, die Fachplanung Tragwerksplanung sowie sonstige erforderliche Planungs- und Gutachterleistungen. Auch alle Bauleistungen sind vollumfänglich durch den Auftragnehmer und dessen Nachunternehmer zu erbringen und die Räumlichkeiten funktionsfähig, betriebsbereit und schlüsselfertig herzustellen. Ferner hat



der Auftragnehmer die Leistungen der Objektbetreuung im Sinne der Leistungsphase 9 analog HOAI 2021 (Grundleistungen einschließlich Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist) zu erbringen.

Der Umfang der jeweils erforderlichen Planungsleistungen bzw. die zu erbringenden Leistungsphasen und die speziellen Anforderungen an die Planung richten sich nach den objektspezifischen Gegebenheiten und variantenabhängigen Anforderungen.

Die Übergabe des bezugsfertigen Gebäudes sowie die Abnahme sollen bis Ende September des Jahres 2029 erfolgen.

Das Bauvorhaben hat den Fördermittelbestimmungen der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Zuwendungen für das Feuerwehrwesen (ZFeuVwV) in der zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Fördermittelbescheids gültigen Fassung zu entsprechen, um eine maximale Förderung zu erzielen (**Anlage 807**). Für die Beantragung und den Abruf der Fördermittel ist der Auftragnehmer nicht verantwortlich

Der Planung und Ausführung sind die (gesetzlich) öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Genehmigungsverfahren zugrunde zu legen.

Für weitergehende Ausführungen wird auf die nachfolgenden Unterlagen verwiesen:

- **Funktionale Leistungsbeschreibung bestehend aus:**
 - **Raumprogramm (Anlage 802a)**
 - **Organigramm (Anlage 802b)**
- **Fördermittelbestimmungen Feuerwehrwesen (Anlage 807)**
- **Handreichung zu den Fördermittelbestimmungen Feuerwehrwesen (Anlage 807a)**
- **Lageplan (Anlage 811)**
- **Auszug Liegenschaftskataster (Anlage 812)**
- **Geotechnischer Bericht (Anlage 814)**
- **orientierende abfallrechtliche Bodenuntersuchungen mit Verwertungs-/Entsorgungskonzeption (Anlage 815)**
- **Totalunternehmervertrag (Anlage 907)**

6.2.2.3. Umfang der Auftragsvergabe

Geschätzter Wert (ohne MwSt.)	/
----------------------------------	---

6.2.2.4. Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

☒ Beginn / Ende

Beginn	08.06.2027 [voraussichtlicher Tag der Zuschlagserteilung]
Ende	30.09.2029 [Gesamtfertigstellung exklusive Leistungen der Objektbetreuung. Für weitere Einzelheiten wird auf den Totalunternehmervertrag (Anlage 907) verwiesen.]

6.2.3. Erfüllungsort(e)

6.2.3.1. Erfüllungsort(e)

Beschränkungen	/
Postanschrift	Liebenweiler Straße 9
Postleitzahl	88147
Ort	Achberg-Esseratsweiler
Land	Deutschland
NUTS Code (Suchmaschine für NUTS-Codes - nutscore.de)	DE148

6.2.3.2. Weitere Erfüllungsorte

Keine

6.2.4. Zuschlagskriterien

Bewertung:

- ☒ Bewertung erfolgt über prozentual gewichtete Kriterien

Art des (Zuschlags-)Kriteriums:

- ☒ Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	1. Persönliche Erfahrung des Projektteams
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird die Erfahrung des Projektleiters, des stellvertretenden Projektleiters und des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) (gemeinsam Projektteam) anhand von vergleichbaren persönlichen Referenzprojekten für ein Bauwerk (Neubau).</p> <p>Der Bieter hat für das einzusetzende Projektteam je Person mindestens ein (1) vergleichbares persönliches Referenzprojekt für ein Bauwerk (Neubau) mit dem Angebot einzureichen, welches die nachfolgenden (Mindest-) Anforderungen jeweils erfüllt.</p> <p>a) Der Projektleiter muss das für ihn angegebene persönliche Referenzprojekt als Projektleiter geleitet haben.</p> <p>b) Der stellvertretende Projektleiter muss das für ihn angegebene persönliche Referenzprojekt als stellvertretender Projektleiter <u>oder</u> als Projektleiter geleitet haben.</p>



c) Der Verantwortliche für die technischen Anlagen (HLS und ELT) muss das für ihn angegebene persönliche Referenzprojekt als **Verantwortlicher für die technischen Anlagen (HLS und ELT)**, als **Projektleiter** oder als **stellvertretender Projektleiter mit Verantwortung für die technischen Anlagen (HLS und ELT)** geleitet haben.

c) Die (weiteren) **Mindestanforderungen** (i.) und die **Bewertungssystematik** (ii.) an das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters, an das persönliche Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters und an das persönliche Referenzprojekt des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) sind jeweils wie folgt:

(i.) Das persönliche Referenzprojekt muss die Erbringung von **Bauleistungen für einen** Neubau umfasst haben und mindestens folgende **Mindestanforderungen** erfüllen:

- **schlüsselfertiger Neubau von kommunalen Betriebsgebäuden**, zum Beispiel **Einsatz-, Bereitschafts- oder Funktionsgebäude (etwa Feuerwehrhäuser, Rettungswachen, Bauhöfe oder vergleichbare kommunale Betriebsgebäude)**;
- Abnahme ist eingetreten **zwischen dem 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist**

(bei den indikativen Erstangeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser indikativen Erstangebote abgestellt; bei den endgültigen Angeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser endgültigen Angebote abgestellt) in dem gegenständlichen Vergabeverfahren;

- das persönliche Referenzprojekt weist eine **Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277)** von mindestens **400 m²** auf;
- das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters umfasste **mindestens 1.000.000,- EUR (netto) Baukosten für die Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet** zum Zeitpunkt der Kostenfeststellung;



- das persönliche Referenzprojekt des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) umfasste **mindestens 200.000,- EUR (netto) Baukosten für die Kostengruppe 400** zum Zeitpunkt der Kostenfeststellung.

Erfüllt nicht mindestens ein (1) persönliches Referenzprojekt des Projektleiters und mindestens ein (1) persönliches Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters die oben genannten Mindestanforderungen, führt dies zum **Ausschluss des Angebots**.

Bewertet werden ausschließlich diejenigen persönlichen Referenzprojekte, die die oben genannten Mindestanforderungen erfüllen.

Der Bieter hat dabei in Form einer Liste je persönlichem Referenzprojekt Folgendes anzugeben:

- **Name** des in dem gegenständlichen Projekt einzusetzenden **Projektleiters** (bzw. des einzusetzenden **stellvertretenden Projektleiters** bzw. des einzusetzenden **Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT)**);
- **Rolle des stellvertretenden Projektleiters** in dem persönlichen Referenzprojekt (Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter);
- **Rolle des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT)** in dem persönlichen Referenzprojekt (Verantwortlicher für die technischen Anlagen (HLS und ELT), Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter mit Verantwortung für die technischen Anlagen (HLS und ELT));
- **Bezeichnung** des von dem Projektleiter (bzw. stellvertretenden Projektleiter bzw. Verantwortlichen für die technischen Anlagen



	<p>(HLS und ELT)) persönlich geleiteten persönlichen Referenzprojekts;</p> <ul style="list-style-type: none">• Name des Unternehmens, welches die Bauleistungen des persönlichen Referenzprojekts, die der Projektleiter als Projektleiter (bzw. der stellvertretende Projektleiter als Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter bzw. der Verantwortliche für die technischen Anlagen (HLS und ELT) als Verantwortlicher oder als Projektleiter oder als stellvertretender Projektleiter mit Verantwortung für die technischen Anlagen (HLS und ELT)) geleitet hat, ausgeführt hat;• Gegenstand der Leistungen waren Bauleistungen mit mindestens folgendem Inhalt:<ul style="list-style-type: none">○ Schlüsselfertiger Neubau von kommunalen Betriebsgebäuden, zum Beispiel Einsatz-, Bereitschafts- oder Funktionsgebäude (etwa Feuerwehrrhäuser, Rettungswachen, Bauhöfe oder vergleichbare kommunale Betriebsgebäude);○ Abnahme ist eingetreten zwischen dem 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist<p>(bei den indikativen Erstangeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser indikativen Erstangebote abgestellt; bei den endgültigen Angeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser endgültigen Angebote abgestellt) in dem gegenständlichen Verfahren unter Angabe des Datums der eingetretenen Abnahme (TT.MM.JJJJ);</p><ul style="list-style-type: none">○ Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) des persönlichen Referenzprojekts von mindestens 400 m²;○ das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters umfasste mindestens 1.000.000,- EUR (netto) Baukosten für die Kostengruppe
--	--



300 und 400 zusammengerechnet zum Zeitpunkt der Kostenfeststellung;

- das persönliche Referenzprojekt des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) umfasste mindestens 200.000,- EUR (netto) Baukosten für die Kostengruppe 400 zum Zeitpunkt der Kostenfeststellung.

(ii.) Die **Bewertungssystematik** ist sowohl für das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters als auch für das persönliche Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters wie folgt:

(1.) Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) des persönlichen Referenzprojekts:	Punkte:
$\geq 750 \text{ m}^2$	5 Punkte
$= 400 \text{ m}^2$	0 Punkte
$< 400 \text{ m}^2$	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit die **Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277)** des persönlichen Referenzprojekts zwischen 400 m^2 und 750 m^2 liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Beispiel:

Bei einer Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) des persönlichen Referenzprojekts von 575 m^2 erhält der Bieter 2,50 Punkte.

(2.1) Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) des persönlichen	Punkte:
--	---------



Referenzprojekts des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters:	
>= 1.800.000,- EUR (netto)	5 Punkte
= 1.000.000,- EUR (netto)	0 Punkte
< 1.000.000,- EUR (netto)	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit die **Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet)** des persönlichen Referenzprojekts zwischen 1.000.000,- EUR (netto) und 1.800.000 EUR (netto) liegen, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Beispiel:

Bei Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) des persönlichen Referenzprojekts von 1.400.000,- EUR (netto) erhält der Bieter 2,50 Punkte.

(2.2) Baukosten (Kostengruppe 400) des persönlichen Referenzprojekts des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT):	Punkte:
>= 480.000,- EUR (netto)	5 Punkte
= 200.000,- EUR (netto)	0 Punkte
< 200.000,- EUR (netto)	Kein geeignetes Referenzprojekt



Soweit die **Baukosten (Kostengruppe 400)** des persönlichen Referenzprojekts des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) zwischen 200.000,- EUR (netto) und 480.000 EUR (netto) liegen, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Beispiel:

Bei Baukosten (Kostengruppe 400) des persönlichen Referenzprojekts des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) von 340.000,- EUR (netto) erhält der Bieter 2,50 Punkte

Die erzielten Punkte für die **Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) (1.)** und die **Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) (2.1)** bzw. **Baukosten (Kostengruppe 400) des persönlichen Referenzprojekts des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) (2.2)** werden addiert.

Je eingereichtem persönlichem Referenzprojekt können maximal 10,00 Punkte (5,00 + 5,00) erzielt werden.

Zu der punktemäßigen Bewertung:

- Der Bieter kann für die mit dem Angebot eingereichten persönlichen Referenzprojekte des Projektleiters bzw. des stellvertretenden Projektleiters – die jeweils die oben genannten Mindestanforderungen erfüllen – maximal **30 Punkte** erzielen; das heißt **60 Punkte** zusammengerechnet.
- Der Bieter kann in dem Zuschlagskriterium „Persönliche Erfahrung des Projektteams“ **maximal 5,00 qualitative Leistungspunkte** erzielen.

Zur Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte werden die von dem Bieter insgesamt erzielten Punkte für die persönlichen



Referenzprojekte des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters und des Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT) mit dem **Gewichtungsfaktor 0,0834**. Das Ergebnis wird mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Zur Bewertung hat der Bieter die **gelb** markierten Felder in der **Anlage 600 „Erfahrung des Projektteams“** vollständig auszufüllen und als Teil des Angebots ausschließlich in elektronischer Form einzureichen.

Je persönlichem Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des persönlichen Referenzprojektes beinhalten, zu rein informatorischen Zwecken gestattet.

Diese Projektblätter sind jedoch nicht Teil der Bewertung. Bewertet werden ausschließlich die Angaben des Bieters zu dem persönlichen Referenzprojekt in der Anlage 600 „Erfahrung des Projektteams“.

Im Falle der Auftragserteilung verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Leistungen durch den benannten **Projektleiter** und den benannten **stellvertretenden Projektleiter** sowie den benannten **Verantwortlichen für die technischen Anlagen (HLS und ELT)** zu erbringen.

Der benannte **Projektleiter**, der **stellvertretende Projektleiter** und der benannte **Verantwortliche für die technischen Anlagen (HLS und ELT)** darf nur bei Zustimmung durch den Auftraggeber in Textform ausgetauscht werden. Für weitere Einzelheiten wird auf den Totalunternehmervertrag (Anlage 907) verwiesen.

Im Falle des Austauschs muss der neue Projektleiter bzw. der neue stellvertretende Projektleiter bzw. der neue Verantwortliche für die technischen Anlagen (HLS und ELT) mindestens genauso erfahren sein wie die zu ersetzende Person. Es müssten also mindestens genauso viele Punkte bei der Bewertung der **Erfahrung** erzielt worden sein, falls diese Person be-



	reits im Rahmen des Vergabeverfahrens (je nach Ersetzung) als Projektleiter oder als stellvertretender Projektleiter oder als Verantwortlicher für die technischen Anlagen (HLS und ELT) angeboten worden wäre.
Art der Gewichtung	<input checked="" type="checkbox"/> Gewichtung
Gewichtung in Prozent	5,0 % [entspricht der Anzahl an zu erzielenden qualitativen Leistungspunkten in diesem Zuschlagskriterium]

☒ Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	2. Ausführungskonzept – Termingerechte Bauleistung
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird ein von dem Bieter einzureichendes auftragsbezogenes Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ (0 bis 5 Bewertungspunkte).</p> <p>In dem auftragsbezogenen Ausführungskonzept hat der Bieter anhand konkreter zukünftiger Maßnahmen darzustellen, wie er im Falle der Auftragserteilung an ihn, konkret die Leistungen ausführen wird, um das übergeordnete Ziel der termingerechten Bauleistungen sicherzustellen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Angaben:</p> <p>Dem Auftraggeber ist es wichtig, dass der Bieter möglichst viele vergleichbare Leistungen bereits erbracht hat, sei es</p> <ul style="list-style-type: none">• selbst,• durch in dem gegenständlichen Vergabeverfahren angebotene Mitglieder der Bietergemeinschaft oder• durch in dem gegenständlichen Vergabeverfahren vorliegend angebotene Unterauftragnehmer.



Daher soll der Bieter darauf eingehen, welche Unternehmen für welche Leistungen vorgesehen sind und inwieweit der Auftraggeber mit diesen Unternehmen in der Vergangenheit bereits vergleichbare Leistungen ausgeführt hat, damit vorliegend das übergeordnete Ziel der termingerechten Bauleistungen sichergestellt wird.

Das Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ darf einen textlichen und ggf. grafischen Umfang von maximal **drei (3) DIN A4-Seiten** nicht überschreiten. Angaben und ggf. Grafiken ab Seite 4 bleiben bei der Bewertung unberücksichtigt. Eine inhaltsleere Titelseite bleibt bei der Bewertung unberücksichtigt.

Der Bieter hat das **Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ als Teil des Angebots** ausschließlich in elektronischer Form auf der E-Vergabepattform einzureichen.

Das Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ ist von dem Bieter eigenständig zu erstellen; eine Vorlage oder Anlage wird von dem Auftraggeber nicht bereitgestellt.

Der Bieter soll das Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ wie folgt bezeichnen:

Anlage 602_Ausführungskonzept_Termingerechte Bauleistung.

Sollte das Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ fehlen, führt dies zwingend zum Ausschluss des Angebots. Eine Nachforderung wäre insoweit nicht möglich.

Im Falle der Auftragserteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistungen entsprechend seines Ausführungskonzepts „Termingerechte Bauleistung“ zu erbringen, soweit der Auftraggeber nicht ein davon abweichendes Vorgehen gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die in dem Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ enthaltenen Angaben gelten als vereinbarte Beschaffenheit. Das Ausführungskonzept „Termingerechte Bauleistung“ wird im Falle der Auftragserteilung als Anlage 602 Vertragsbestandteil.



	HINWEIS: Die Bewertungspunkte werden multipliziert mit dem Gewichtungsfaktor 1 . Maximal können in diesem Zuschlagskriterium 5,00 qualitative Leistungspunkte erzielt werden.
Art der Gewichtung	<input checked="" type="checkbox"/> Gewichtung
Gewichtung in Prozent	5,0 % [entspricht der Anzahl an zu erzielenden qualitativen Leistungspunkten in diesem Zuschlagskriterium]



Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	3. Planerischer Vorentwurf
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird ein von dem Bieter einzureichender planerischer Vorentwurf für das geplante Feuerwehrhaus.</p> <p>Der planerische Vorentwurf muss die für eine Vorlage bei dem Fördermittelgeber erforderlichen Angaben zu Funktion, Flächen und konzeptioneller Ausgestaltung enthalten. Der Bieter hat dabei die Fördermittelbestimmungen Feuerwehrwesen (Anlage 807) in seinem planerischen Vorentwurf zu berücksichtigen.</p> <p>In dem planerischen Vorentwurf hat der Bieter anhand konkreter zukünftiger Maßnahmen darzustellen, wie er im Falle der Auftragserteilung an ihn, konkret die Leistungen ausführen wird, um die folgende Ziele bestmöglich zu erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Der Bieter hat den planerischen Entwurf so auszugestalten, dass auf dem zur Verfügung gestellten Baugrundstück eine bestmög-

	<p>lich funktionsgerechte und auf die spezifischen Anforderungen des Feuerwehrbetriebs abgestimmte Lösung entsteht.</p> <p>Ziel ist es, die wesentlichen Funktions- und Betriebsabläufe – insbesondere Alarmabläufe, Wegebeziehungen, die Anordnung der Fahrzeughalle sowie die Zuordnung von Einsatz-, Funktions- und Nebenbereichen – so zu organisieren, dass bestmöglich ein reibungsloser sowie sicherer Betrieb gewährleistet ist.</p> <p>(Unterkriterium 1: 0 bis 5 Bewertungspunkte).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Bieter hat den planerischen Vorentwurf so auszugestalten, dass eine gestalterisch bestmögliche, dem Nutzungszweck angemessene architektonische Lösung entsteht, die sich unter Berücksichtigung der funktionalen Anforderungen bestmöglich in die nähere Umgebung einfügt. <p>(Unterkriterium 2: 0 bis 5 Bewertungspunkte).</p> <p style="text-align: center;">Formale Anforderungen an den planerischen Vorentwurf</p> <p>Der planerische Vorentwurf muss aus textlichen Ausführungen zu den Unterkriterien 1 bis 2 sowie zeichnerischen Darstellungen bestehen.</p> <p>Die Bewertung des planerischen Vorentwurfs erfolgt auf Grundlage der eingereichten textlichen und zeichnerischen Unterlagen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die textlichen Ausführungen dürfen einen Umfang von jeweils drei (3) DIN-A4 Seiten je Unterkriterium nicht überschreiten. Angaben, die darüber hinausgehen (ab jeweils der Seite vier (4)), bleiben bei der Bewertung unberücksichtigt. • Maßgeblich ist, dass der Vorentwurf die zur Bewertung der Zuschlagskriterien erforderlichen Inhalte abbildet.
--	--

- Die zeichnerischen Darstellungen müssen mindestens einen **Lageplan**, die **Grundrisse der wesentlichen Ebenen**, mindestens einen **Schnitt** sowie mindestens eine **Ansicht** umfassen.
- Die zeichnerischen Darstellungen sind so auszugestalten, dass die konzeptionellen Ansätze des Entwurfs im Hinblick auf die Unterkriterien 1 bis 2 abgebildet werden.
- Die zeichnerischen Darstellungen sind in folgenden Maßstäben einzureichen:
 - Lageplan: Maßstab 1:500
 - Grundrisse, Schnitte und Ansichten: Maßstab 1:200
- Der Bieter hat den planerischen Vorentwurf als Teil des Angebots **ausschließlich in elektronischer Form über die auf der E-Vergabepattform vorgesehenen Funktion** einzureichen.

Der Bieter soll die Unterlagen, die er mit dem planerischen Vorentwurf einreicht wie folgt bezeichnen:

Werden mehrere Dateien eingereicht, sind diese fortlaufend und eindeutig zu benennen, zum Beispiel:



	<ul style="list-style-type: none">• Anlage 603_Planerischer Vorentwurf_[Name des Bieters]_01_Textteil• Anlage 603_Planerischer Vorentwurf_[Name des Bieters]_02_Lageplan• Anlage 603_Planerischer Vorentwurf_[Name des Bieters]_03_Grundrisse• Anlage 603_Planerischer Vorentwurf_[Name des Bieters]_04_Schnitt_Ansicht. <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"><p>Sollte der planerische Vorentwurf fehlen, führt dies zum Ausschluss des Angebots. Eine Nachforderung ist insoweit nicht möglich.</p></div> <p>Im Falle der Auftragserteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die zu erbringenden Leistungen auf Grundlage seines planerischen Vorentwurfs weiterzuentwickeln, soweit der Auftraggeber nicht ein davon abweichendes Vorgehen gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die in dem planerischen Vorentwurf enthaltenen Angaben gelten als vereinbarte Beschaffenheit. Der planerische Vorentwurf wird im Falle der Auftragserteilung als Anlage 603 Vertragsbestandteil.</p> <p>HINWEIS: Das Unterkriterium 1 wird mit dem Gewichtungsfaktor 6 multipliziert. Ein Bieter kann daher maximal 30 qualitative Leistungspunkte (5 Bewertungspunkte x 6) in dem Unterkriterium 1 erzielen.</p> <p>Das Unterkriterium 2 wird multipliziert mit dem Gewichtungsfaktor 2. Ein Bieter kann daher maximal 10 qualitative Leistungspunkte (5 Bewertungspunkte x 2) erzielen in dem Unterkriterium 2.</p> <p>Die erzielten qualitativen Leistungspunkte in dem Unterkriterium 1 und dem Unterkriterium 2 werden addiert. Maximal können in diesem Zuschlagskriterium 40,00 qualitative Leistungspunkte erzielt werden (30 qualitative Leistungspunkte + 10 qualitative Leistungspunkte).</p>
	<u>Zur Vergütung des planerischen Vorentwurfs</u>



	<p>Der planerische Vorentwurf, der mit dem (indikativen) Erstangebot eingereicht wird, wird je Bieter einmalig in Höhe von 10.000,- Euro (brutto) pauschal vergütet.</p> <p>Im Anschluss an die Verhandlungsgespräche hat der jeweilige Bieter den planerischen Vorentwurf unter Berücksichtigung der in dem Verhandlungsgespräch erteilten Hinweise und Anmerkungen des Auftraggebers zu überarbeiten und mit dem endgültigen Angebot vollständig einzureichen.</p> <p>Der mit dem endgültigen Angebot eingereichte überarbeitete planerische Vorentwurf wird je Bieter zusätzlich einmalig in Höhe von 5.000,- Euro (brutto) pauschal vergütet.</p> <p style="text-align: center;">Hinweis:</p> <p>Die Vergütung des planerischen Vorentwurfs soll den im Rahmen der Angebotserstellung entstandenen planerischen Aufwand angemessen ausgleichen.</p> <p>Im Falle der Erteilung des Zuschlags auf das endgültige Angebot des Bestbieters erfolgt keine gesonderte Auszahlung der Vergütung des planerischen Vorentwurfs an den Bestbieter; der entsprechende Aufwand ist mit der in dem Totalunternehmervertrag (Anlage 907) vorgesehenen Vergütung abgegolten. Für Einzelheiten wird auf den Totalunternehmervertrag (Anlage 907) verwiesen.</p>
Art der Gewichtung	<input checked="" type="checkbox"/> Gewichtung
Gewichtung in Prozent	40,0 % [entspricht der Anzahl an zu erzielenden qualitativen Leistungspunkten in diesem Zuschlagskriterium]



Preis(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	Angebotspreis (brutto)
----------------------------	-------------------------------

Beschreibung des Kriteriums	Wertungsrelevanter Preis (P) = Angebotspreis (brutto) gemäß Anlage 803 „Preisblatt“
Art der Gewichtung	<input checked="" type="checkbox"/> Gewichtung
Gewichtung in Prozent	50,0 % [entspricht der Anzahl an zu erzielenden preislichen Leistungspunkten in diesem Zuschlagskriterium]

6.2.5. Wertung der (Zuschlags-)Kriterien

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot, das die **höchste Anzahl an Leistungspunkten** erreicht.

Die Bewertung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Ermittlung der **qualitativen Leistungspunkte (L)** des Angebots;
2. Ermittlung der **preislichen Leistungspunkte** über den wertungsrelevanten Preis (**P**) des Angebots;
3. Ermittlung des **wirtschaftlichsten Angebots**.

6.2.5.1. Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte (L)

Ermittlung der qualitativen **Leistungspunkte (L)** des Angebots: **Summe der Punkte und Bewertungspunkte** je qualitativem Zuschlagskriterium multipliziert mit dem jeweils dort genannten Gewichtungsfaktor. Maximal kann ein Bieter **50 qualitative Leistungspunkte erzielen**.

Die Bewertungspunkte je Kriterium werden nach den nachfolgenden Bewertungspunkten bewertet. Eine Bewertung nach den nachfolgenden Bewertungspunkten erfolgt ausschließlich bei denjenigen Kriterien, bei denen die Angabe steht: „0 bis 5 Bewertungspunkte“.

Es werden Bewertungspunkte von 0 bis 5 vergeben, wobei 5 Bewertungspunkte die bestmögliche Bewertung darstellt.

Die Punkteverteilung erfolgt im Rahmen einer vergleichenden Bewertung der Inhalte der verschiedenen Angebote jeweils wie folgt:

5 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten zu demselben jeweiligen Kriterium eine **sehr gute** Leistung erwarten.

4 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **gute** Leistung erwarten.

3 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **befriedigende** Leistung erwarten.

2 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ausreichende** Leistung erwarten.

1 Bewertungspunkt:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **mangelhafte** Leistung erwarten.

0 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ungenügende** Leistung erwarten.

6.2.5.2. Ermittlung der preislichen Leistungspunkte über den wertungsrelevanten Preis (P)

Der **wertungsrelevante Preis (P)** ist der **Angebotspreis (brutto)** entsprechend der **Anlage 803 „Preisblatt“**. Maximal kann ein Bieter **50 preisliche Leistungspunkte**

erzielen. Die erzielten preislichen Leistungspunkte werden mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Für den Angebotspreis (brutto) werden folgende preisliche Leistungspunkte vergeben:

Preisliche Leistungspunkte des Bieters **XY** =

50 preisliche Leistungspunkte **x**

(Angebotspreis (brutto) des günstigsten Angebots in EUR /

Angebotspreis (brutto) des Bieters **XY** in EUR)

x steht für Multiplikation

/ steht für Division

XY ist die Variable für den jeweiligen Bieter

6.2.5.3. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot ist dabei dasjenige Angebot, das nach den festgelegten Zuschlagskriterien im Vergleich zu den anderen Angeboten die **höchste Gesamtpunktzahl an Leistungspunkten (G)** erreicht hat.

Insgesamt sind maximal **100 Leistungspunkte** zu erreichen (**50 qualitative Leistungspunkte** und **50 preisliche Leistungspunkte**).

Die Gesamtpunktzahl an Leistungspunkten (G) wird mittels Addition der qualitativen Leistungspunkte (L) mit den preislichen Leistungspunkten (P) ermittelt; mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

$$G = L + P$$

Der Auftraggeber schließt den Vertrag mit dem Bieter, dessen Angebot die **höchste Gesamtpunktzahl an Leistungspunkten (G)** erreicht hat (Bestbieter).

Hinweis: Sollten zwei (oder mehr) Angebote die gleiche Gesamtpunktzahl an Leistungspunkten (G) erzielen und auf den vordersten Rängen liegen, gilt von diesen Angeboten dasjenige Angebot mit der höchsten Punktzahl an qualitativen Leistungspunkten (L) als das wirtschaftlichste Angebot.

6.2.6. Weitere Informationen

6.2.6.1. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

- ☐ ~~Die Auftragsvergabe wird zumindest teilweise aus Mitteln der Europäischen Union finanziert~~

6.2.6.2. Angaben zu KMU

- ☒ Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet
- ☒ sonstige KMU

6.2.6.3. Angaben zu Optionen

Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben

1. Ja, unter Beachtung von § 132 GWB.
2. Optionen bei Bauleistungen:
 - Änderungen des Bauentwurfs anzuordnen, bleibt dem Auftraggeber vorbehalten (§ 1 Abs. 3 VOB/B).
 - Nicht vereinbarte Leistungen, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden, hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers mit auszuführen, außer wenn sein Betrieb auf derartige Leistungen nicht eingerichtet ist. Andere Leistungen können dem Auftragnehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden (§ 1 Abs. 4 VOB/B).



- Weicht die ausgeführte Menge der unter einem Einheitspreis erfassten Leistung oder Teilleistung um nicht mehr als 10 v. H. von dem im Vertrag vorgesehenen Umfang ab, so gilt der vertragliche Einheitspreis (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B).
- Für die über 10 v. H. hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes ist auf Verlangen ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- oder Minderkosten zu vereinbaren (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B).
- Bei einer über 10 v. H. hinausgehenden Unterschreitung des Mengenansatzes ist auf Verlangen der Einheitspreis für die tatsächlich ausgeführte Menge der Leistung oder Teilleistung zu erhöhen, soweit der Auftragnehmer nicht durch Erhöhung der Mengen bei anderen Ordnungszahlen (Positionen) oder in anderer Weise einen Ausgleich erhält. Die Erhöhung des Einheitspreises soll im Wesentlichen dem Mehrbetrag entsprechen, der sich durch Verteilung der Baustelleneinrichtungs- und Baustellengemeinkosten und der Allgemeinen Geschäftskosten auf die verringerte Menge ergibt. Die Umsatzsteuer wird entsprechend dem neuen Preis vergütet (§ 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B).
- Sind von der unter einem Einheitspreis erfassten Leistung oder Teilleistung andere Leistungen abhängig, für die eine Pauschalsumme vereinbart ist, so kann mit der Änderung des Einheitspreises auch eine angemessene Änderung der Pauschalsumme gefordert werden (§ 2 Abs. 3 Nr. 4 VOB/B).
- Verlangt der Auftraggeber Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, die der Auftragnehmer nach dem Vertrag, besonders den Technischen Vertragsbedingungen oder der gewerblichen Verkehrssitte, nicht zu beschaffen hat, so hat er sie zu vergüten (§ 2 Abs. 9 Nr. 1 VOB/B).
- Lässt er vom Auftragnehmer nicht aufgestellte technische Berechnungen durch den Auftragnehmer nachprüfen, so hat er die Kosten zu tragen (§ 2 Abs. 9 Nr. 2 VOB/B).
- Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn sie als solche vor ihrem Beginn ausdrücklich vereinbart worden sind (§ 15) (§ 2 Abs. 10 VOB/B).
- Der Auftraggeber ist befugt, unter Wahrung der dem Auftragnehmer zustehenden Leitung (Absatz 2) Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der Leistung notwendig sind. Die Anordnungen sind grundsätzlich nur dem Auftragnehmer oder seinem für die Leitung der Ausführung bestellten Vertreter zu erteilen, außer wenn Gefahr im Verzug



ist. Dem Auftraggeber ist mitzuteilen, wer jeweils als Vertreter des Auftragnehmers für die Leitung der Ausführung bestellt ist (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B).

- Hält der Auftragnehmer die Anordnungen des Auftraggebers für unberechtigt oder unzumutbar, so hat er seine Bedenken geltend zu machen, die Anordnungen jedoch auf Verlangen auszuführen, wenn nicht gesetzliche oder behördliche Bestimmungen entgegenstehen. Wenn dadurch eine ungerechtfertigte Erschwerung verursacht wird, hat der Auftraggeber die Mehrkosten zu tragen (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 VOB/B).
- Für den Fall, dass sich die (tatsächliche / fiktive) Abnahme über die angegebene Ausführungsfrist verzögert, verlängert sich die Laufzeit des Vertrags bis zur (tatsächlichen / fiktiven) Abnahme.

3. Stufenweise Beauftragung

Die Leistungen werden stufenweise beauftragt.

Es sind folgende Leistungsstufen vorgesehen:

- Leistungsstufe 1: Planungsleistungen im Sinne der Leistungsphasen 1 bis 5 analog HOAI;
- Leistungsstufe 2:
 - (Planungs-/Überwachungs-)Leistungen im Sinne der Leistungsphase 8 analog HOAI;
 - alle Bauleistungen;
 - Leistungen der Objektbetreuung.

Der Auftraggeber beauftragt zunächst nur die **Leistungen der Leistungsstufe 1**.

Der Auftraggeber behält sich vor, **Leistungen der Leistungsstufe 2** zu beauftragen.

Der Auftraggeber wird Leistungen der Leistungsstufe 2 beauftragen, wenn der Fördermittelbescheid oder ein Bescheid über die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erteilt wurden. Eine Beauftragung von Leistungen der **Leistungsstufe 2** ist jedoch nur wirksam, wenn die aufschiebende Bedingung gemäß § 2 (1) eingetreten ist.



Der Auftragnehmer hat die Leistungen der Leistungsstufe 2 entsprechend den Regelungen des Totalunternehmervertrags (Anlage 907) zu erbringen, wenn der Auftraggeber die Leistungsstufe 2 durch einseitigen Abruf in Textform beauftragt und zwar entweder vollständig oder beschränkt auf bestimmte Einzelleistungen der Leistungsstufe, Leistungen für einzelne Bauteile und / oder Bauabschnitte.

Die weiteren Einzelheiten zu der stufenweise Beauftragung ergeben sich aus dem Totalunternehmervertrag (Anlage 907).

6.2.6.4. Zusätzliche Angaben

/

6.3. Verfahren

6.3.1. Verfahrensart

6.3.1.1. Verfahrensart

Verfahrensart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
---------------	--

6.3.1.2. Angaben zum Verfahren

Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens	/
---	---

6.3.1.3. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

☐ ~~Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen~~

6.3.2. Besondere Methoden und Instrumente im Vergabeverfahren

6.3.2.1. Angaben zur Rahmenvereinbarung

☒ Entfällt

6.3.2.2. Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem

☒ Entfällt



6.3.2.3. Angaben zur elektronischen Auktion

- ☐ ~~Es wird eine elektronische Auktion verwendet~~

6.3.3. Angaben zur Wiederkehr von Aufträgen

- ☐ ~~Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge~~

6.3.4. Strategische Auftragsvergabe

6.3.4.1. Strategische Auftragsvergabe

- ☐ ~~Verringerung der Auswirkung auf die Umwelt~~
- ☐ ~~Innovative Beschaffung~~
- ☐ ~~Erfüllung sozialer Zielsetzung~~

6.3.4.2. Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge

- ☐ ~~Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich des Saubere Fahrzeuge Beschaffungs Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2009/33/EG~~

6.3.5. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- ☒ Aufträge werden elektronisch erteilt
- ☒ Zahlungen werden elektronisch geleistet

Elektronische Rechnungsstellung: **Erforderlich**

6.3.6. Auftragsunterlagen

Sprache in der die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind	Deutsch
---	----------------

6.3.7. Sonstiges / Weitere Angaben

6.3.7.1. Kommunikationskanal

- ☐ ~~Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.~~

Bezeichnung des Kommunikationskanals

In der **Anlage 101** finden die interessierten Wirtschaftsteilnehmer notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabepattform Deutsches Vergabeportal (DTVP). Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- / Bieterbereich der E-Vergabepattform eingestellt werden. Dieser Bewerber-/ Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt.

Die Vergabeunterlagen sind zu finden unter (URL):

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y1AM9UR>

6.3.7.2. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar



sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

§ 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabeplattform) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 GWB verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur

festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

6.3.7.3. Weitere Angaben

- ☒ Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

6.3.7.4. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer	/
-----------------------	---

6.3.7.5. Anwendbarkeit der Verordnung zu drittstaatlichen Subventionen

- ☐ ~~Die Verordnung über drittstaatliche Subventionen (EU) 2022/2560 findet gemäß Artikel 28 dieser Verordnung Anwendung auf dieses Vergabeverfahren~~

6.3.7.6. Zusätzliche Informationen

1. Bewerber - / Bietergemeinschaft:

Im Falle der Bildung einer Bewerber- / Bietergemeinschaft, hat diese mit dem Teilnahmeantrag eine von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber - / Bietergemeinschaft (1. Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft) unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und das für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages vertretungsberechtigte Mitglied bezeichnet ist,
- dass das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft

die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt ist, und
- dass alle Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Die rechtlichen Anforderungen an die Bildung von Bewerber- / Bietergemeinschaften sind einzuhalten. Außerdem hat die Bewerber- / Bietergemeinschaft die Rechtsform anzugeben, die sie für die Erfüllung des Auftrages annehmen wird.

Die Bewerber- / Bietergemeinschaft hat für diese Erklärung die **Anlage 202 „Bewerber- / Bietergemeinschaft“** zu verwenden.

Die Anlage ist von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.

2. Eignungsleihe:

Beabsichtigt der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit oder Fachkunde die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) in Anspruch zu nehmen, muss der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft in dem Teilnahmeantrag Art und Umfang der Inanspruchnahme angeben, diese anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) benennen und nachweisen, dass ihm / ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel dieser Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende vergaberechtliche Verpflichtungserklärung [Anlage 214] dieser anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Sinne des § 6d EU Abs. 1 Satz 2 VOB/A vorlegt.

Unter „andere Unternehmen“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die mit dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft rechtlich nicht identisch sind. Das betrifft auch konzernverbundene Unternehmen.

Zum gleichen Zeitpunkt hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg der Erfüllung der entsprechenden Eignungskriterien, hinsichtlich derer die Inanspruchnahme der Kapazitäten der anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) erfolgt, für diese anderen Unternehmen, sowie für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bezogen auf diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Ein Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 6d EU Abs. 1 Satz 3 VOB/A oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt ein Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist dies nur zulässig, soweit mit dem Teilnahmeantrag eine gemeinsame Haftung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe erklärt wird.

Der Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die **Anlage 204 „Eignungsleihe“** auszufüllen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

3. Unterauftragnehmer / Nachunternehmer:

Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat bei Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die er / sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigt, zu benennen.

Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat in diesem Fall die **Anlage 303 „Unterauftragsvergabe“** vollständig auszufüllen und als Bestandteil des Angebots einzureichen.

Vor Zuschlagserteilung kann der öffentliche Auftraggeber von den Bietern / den



Bietergemeinschaften, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen (vgl. § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV analog).

6.4. Teilnahmeanträge

6.4.1. Anforderungen an Teilnahmeanträge / Angebote

6.4.1.1. Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote

Zugelassene Wege der Übermittlung



Elektronische über diese E-Vergabeplattform:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y1AM5GH>

6.4.1.2. Anforderungen an die Form der elektronischen Übermittlung



Textform



~~Fortgeschrittene elektronische Signatur (freiwillig)~~



~~Qualifizierte elektronische Signatur (freiwillig)~~

6.4.1.3. Eingabemöglichkeit für Preise innerhalb des Bietertools



Die Eingabemöglichkeit für Unternehmen direkt im Bietertool sperren, so dass derartige Informationen ausschließlich in den entsprechenden Angebotsdokumenten angegeben werden können

6.4.1.4. Sprache(n), in der (denen) Teilnahmeanträge / Angebote eingereicht werden können

Erlaubte Sprache	Deutsch
------------------	----------------

6.4.1.5. Varianten / Alternativangebote

- ☒ Varianten / Alternativangebote (Nebenangebote) sind **nicht** zulässig

6.4.1.6. Elektronische Kataloge

Die Abgabe elektronischer Kataloge ist	<input checked="" type="checkbox"/> <u>Nicht</u> zulässig
--	--

6.4.1.7. Mehrere Angebote pro Bieter

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen	<input checked="" type="checkbox"/> <u>Nicht</u> zulässig
---	--

6.4.2. Verwaltungsangaben

6.4.2.1. Nachforderung

Angabe zu fehlenden Unterlagen

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

- ☒ Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen

Weitere Informationen

Mit dem zuvor stehenden Satz „Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen“ ist gemeint, dass der Auftraggeber bestimmte „fehlende Bieterunterlagen“ (gemeint sind auch bestimmte fehlende Bewerberunterlagen) nicht nachfordern wird, wenn diese mit dem Teilnahmeantrag bzw. mit dem jeweiligen Angebot gefordert worden sind und fehlen.

Und zwar inhaltlich fehlerhafte (unternehmensbezogene als auch leistungsbezogene) Unterlagen und fehlende / unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, die die Bewertung der Teilnahmeanträge anhand der Auswahlkriterien (§ 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 2 VOB/A) betreffen, fehlende / unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, sowie fehlende

Produktangaben, werden nicht nachgefordert.

Dies bedeutet auch:

Der öffentliche Auftraggeber muss Bewerber und Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen (Nachforderung). Es sind nur Unterlagen nachzufordern, die bereits mit dem Angebot vorzulegen waren (vgl. § 16a EU Abs. 1 VOB/A).

Fehlende Preisangaben werden nicht nachgefordert. Angebote, die den Bestimmungen des § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A nicht entsprechen, sind auszuschließen. § 16a EU Abs. 2 Sätze 3 bis 5 VOB/A gilt nicht.

Die Unterlagen oder fehlenden Preisangaben sind vom Bewerber und Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Die Frist soll sechs Kalendertage nicht überschreiten (§ 16a EU Abs. 4 VOB/A).

Aufklärung von Teilnahmeanträgen und Angeboten:

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Widersprüchen in den eingereichten Teilnahmeanträgen oder Angeboten Aufklärungen durchzuführen.

Im Rahmen der Aufklärung können Bewerber oder Bieter aufgefordert werden, ihre Angaben zu erläutern, zu bestätigen oder zu präzisieren, soweit dadurch keine nachträgliche Änderung des Teilnahmeantrags oder Angebots erfolgt.

Der Auftraggeber behält sich zudem vor, im Rahmen der Aufklärung weitere Unterlagen oder Nachweise zur Plausibilisierung der gemachten Angaben anzufordern, sofern dies zur sachgerechten Beurteilung erforderlich ist.

Erfolgt gar keine oder keine fristgerechte oder keine ausreichende Mitwirkung im Rahmen der Aufklärung oder bleiben Zweifel des Auftraggebers trotz Aufklärung bestehen, kann der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot ausgeschlossen werden.

Die Aufklärung erfolgt in Textform über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform. Antworten sind innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist einzureichen.

6.5. Bedingungen

6.5.1. Ausschlussgründe

6.5.1.1. Ort der Angabe der Ausschlussgründe

Ort der Angabe der Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/> (EU-Auftrags-)Bekanntmachung
--	--

6.5.1.2. Auswahl der Ausschlussgründe

Auswahl der Ausschlussgründe	Beschreibung
<input checked="" type="checkbox"/> Rein nationale Ausschlussgründe	<p>Zwingende Ausschlussgründe des § 123 Abs. 1 bis 3 GWB:</p> <p>Eigenerklärung (gemäß § 123 Abs. 1 bis 3 GWB), dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, jeweils wegen einer Straftat nach:</p> <ul style="list-style-type: none"> • § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),



- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung:

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur

	<p>Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).</p> <p>Fakultative Ausschlussgründe des § 124 GWB: Eigenerklärung (gemäß § 124 GWB), dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, • das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, • das Unternehmen nicht im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; dies gilt auch für Personen, die als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt haben, • das Unternehmen nicht mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, • kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte, • keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
--	--



- das Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen nicht
 - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Falls eine oder mehrere der oben aufgeführten Ausschlussgründe grundsätzlich erfüllt sind, hat das Unternehmen diejenigen Ausschlussgründe konkret zu benennen und außerdem Gründe darzulegen (wie beispielsweise Darlegung einer abgegebenen Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB), warum er dennoch als geeignet anzusehen ist.

Der **Bewerber, jedes Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft** und **jeder eignungsverleihende Unterauftragnehmer** hat für diese Erklärung die **Anlage 201 „Ausschlussgründe“** zu verwenden. Der **Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

	<p>Vor der Zuschlagserteilung überprüft der Auftraggeber, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen (§ 6e Abs. 1 VOB/A-EU). Dem Bieter / der Bietergemeinschaft wird es freigestellt, bereits bei Abgabe des Angebots die Erklärung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den Unterauftragnehmer einzureichen. Die Einreichung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den Unterauftragnehmer bei Abgabe des Angebots ist keine verbindliche Vorgabe.</p>
--	---

6.5.2. Begrenzung der Bieter

- ☒ Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	3
---	----------

- ☒ Es gibt eine Höchstzahl von Bewerbern, die für die zweite Phase des Verfahrens eingeladen werden

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	3
--	----------

6.5.3. Teilnahmebedingungen

6.5.3.1. Eignungskriterien / Ausschreibungsbedingungen

Art des (Eignungs-)Kriteriums:

- ☒ Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
- ☒ Referenzen zu bestimmten Arbeiten



Bezeichnung des Kriteriums	Unternehmensbezogene Referenzprojekte
Beschreibung des Kriteriums	<p>1. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt über früher ausgeführte Bauleistungen einzureichen.</p> <p>[Die unternehmensbezogenen Referenzprojekte dürfen dabei mit den persönlichen Referenzprojekten des Projektteams übereinstimmen.]</p> <p>Das unternehmensbezogene Referenzprojekt muss folgende Mindestanforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Das unternehmensbezogene Referenzprojekt muss den schlüsselfertigen Bau (Neubau) von Betriebsgebäuden, zum Beispiel Einsatz-, Bereitschafts- oder Funktionsgebäude (etwa Feuerwehrhäuser, Rettungswachen, Bauhöfe oder vergleichbare kommunale Betriebsgebäude) umfassen;• Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) (in m²) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts von mindestens 400 m²;• Erbringungszeitraum – Abnahme ist eingetreten zwischen dem 01.01.2021 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist in dem hier gegenständlichen Vergabeverfahren unter Angabe des Datums der eingetretenen Abnahme (TT.MM.JJJJ);• das unternehmensbezogene Referenzprojekt umfasste mindestens 1.000.000,- EUR (netto) Baukosten für die Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet zum Zeitpunkt der Kostenfeststellung.



Der Bewerber hat je unternehmensbezogenem Referenzprojekt in Form einer Liste Folgendes anzugeben:

- **Name des Referenznehmers** (Name des Unternehmens, welches den Referenzauftrag ausgeführt hat);
- **Projektbezeichnung** der früher ausgeführten Leistung;
- Angaben zu den ausgeführten Anforderungen;
- **Rolle des Referenznehmers** in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt (ausführender Auftragnehmer; ausführendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft; ausführender Unterauftragnehmer);
- **öffentlicher oder privater Empfänger** (Auftraggeber) unter Angabe des Namens des Auftraggebers.

Je unternehmensbezogenen Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des Referenzprojektes beinhalten, gestattet. **Diese Projektblätter sind rein informatorischer Natur.** Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus unternehmensbezogene Referenzprojekte benannt werden (zum Beispiel auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder Ähnlichem), werden diese nicht berücksichtigt.

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigt werden, die mehr als fünf (5) Jahre zurückliegen (vgl. § 6a EU Nr. 3 lit. A VOB/A); weil der Zeitraum vom **01.01.2021** bis zum Ablauf der Teilnahmefrist mehr als 60 Monate und 0 Tage beträgt. Dadurch soll ein ausreichender Wettbewerb sichergestellt werden, insbesondere weil die Bewerber und der Auftraggeber hierdurch dasselbe Verständnis von dem maßgeblichen Erbringungszeitraum haben.



Kann ein Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft nicht mindestens **ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt** angeben, das die aufgestellten (Mindest-)Anforderungen (kumulativ) erfüllt, führt das **zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Eine Nachforderung wäre insoweit nicht möglich.**

Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist **in Summe mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt** anzugeben; außerdem muss klar erkennbar sein, welche Leistungen in welchem Referenzprojekt welches Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft erbracht hat. Ausschließlich diejenigen unternehmensbezogenen Referenzprojekte der Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden der Bewerber- / Bietergemeinschaft zugerechnet.

2. Ordnungsgemäße Informationen:

Eine Übermittlung fahrlässig oder vorsätzlich irreführender Informationen kann ausweislich § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss von Vergabeverfahren durch öffentliche Auftraggeber führen.

3. Hinweis:

Die vorstehenden Anforderungen sind **Mindestanforderungen** an die unternehmensbezogenen Referenzprojekte.

Der Bewerber, die Bewerbergemeinschaft und soweit relevant der eigungsverleihende Unterauftragnehmer hat für diese Erklärung die Anlage 206 „Unternehmensbezogene Referenzprojekte“ zu verwenden.

Der **Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.



4. Auswahlkriterien:

Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag **mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt** anzugeben.

Soweit mehr als die Mindestzahl von drei (3) geeigneten Bewerbern einen Teilnahmeantrag eingereicht haben, wird der Auftraggeber die Auswahl der Bewerber, die als Bieter zur Angebots- und Verhandlungsphase zugelassen werden, anhand nachfolgender Auswahlkriterien vornehmen.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand der **Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) (1.) und der Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) (2.)** des unternehmensbezogenen Referenzprojekts wie folgt:

(1.) Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts:	Punkte:
$\geq 750 \text{ m}^2$	5 Punkte
$= 400 \text{ m}^2$	0 Punkte
$< 400 \text{ m}^2$	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit die **Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277)** des unternehmensbezogenen Referenzprojekts zwischen 400 m^2 und 750 m^2 liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Beispiel:

Bei einer Brutto-Grundfläche (BGF) (nach DIN 277) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts von 575 m^2 erhält der Bieter 2,50 Punkte.



(2.) Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts:	Punkte:
$\geq 1.800.000,-$ EUR (netto)	5 Punkte
$= 1.000.000,-$ EUR (netto)	0 Punkte
$< 1.000.000,-$ EUR (netto)	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit die **Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet)** des unternehmensbezogenen Referenzprojekts zwischen 1.000.000,- EUR (netto) und 1.800.000 EUR (netto) liegen, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Beispiel:

Bei Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 zusammengerechnet) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts von 1.400.000,- EUR (netto) erhält der Bieter 2,50 Punkte.

Die erzielten Punkte für die Auswahlkriterien (1.) und (2.) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts werden addiert. Je eingereichtem unternehmensbezogenen Referenzprojekt können maximal 10,00 Punkte (5,00 + 5,00) erzielt werden.

Zur punktemäßigen Bewertung:

Der Bewerber kann für die mit dem Teilnahmeantrag eingereichten unternehmensbezogenen Referenzprojekte, die jeweils die oben genannten Mindestanforderungen erfüllen, bis zu **40 Punkte** erzielen.



	<p>Je unternehmensbezogenen Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des Referenzprojektes beinhalten, gestattet. Diese Projektblätter sind rein informatorischer Natur. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus unternehmensbezogene Referenzprojekte benannt werden (zum Beispiel auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder Ähnlichem), werden diese nicht berücksichtigt.</p> <p>Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigt werden, die mehr als fünf (5) Jahre zurückliegen (vgl. § 6a EU Nr. 3 lit. A VOB/A); weil der Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist mehr als 60 Monate und 0 Tage beträgt. Dadurch soll ein ausreichender Wettbewerb sichergestellt werden, insbesondere weil die Bewerber und der Auftraggeber hierdurch dasselbe Verständnis von dem maßgeblichen Erbringungszeitraum haben.</p> <p>Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist in Summe mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt anzugeben; außerdem muss klar erkennbar sein, welche Leistungen in welchem Referenzprojekt welches Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft erbracht hat. Ausschließlich diejenigen unternehmensbezogenen Referenzprojekte der Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden der Bewerber- / Bietergemeinschaft zugerechnet.</p> <p>Der Bewerber, die Bewerbergemeinschaft und soweit relevant der <u>eignungsverleihende</u> Unterauftragnehmer hat für diese Erklärung die Anlage 206 „Unternehmensbezogene Referenzprojekte“ zu verwenden.</p> <p>Der Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat diese Anlage als Bestandteil des Teilhmeantrags ausgefüllt einzureichen.</p>
--	--

	<p>Für den Fall, dass nach Auswertung der Teilnahmeanträge anhand der vorstehenden Auswahlmethode mehrere Bewerber / Bewerbergemeinschaften mit Punktgleichheit auf einem der hinteren Ränge liegen und der Auftraggeber eine bestimmte Anzahl von Bewerbern zur Angebotsabgabe auffordern möchte, entscheidet das Los unter indirekter notarieller Aufsicht, welcher dieser Bewerber / welche dieser Bewerbergemeinschaften zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert wird, damit die bestimmte Anzahl nicht überschritten wird.</p> <p>Gibt es mehr als die Mindestzahl an Bewerbern, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestanforderungen entsprechenden (geeigneten) Teilnahmeantrag eingereicht haben, behält sich der Auftraggeber aus Gründen des Wettbewerbs vor, mehr als die geplante Mindestzahl an Bewerbern zu der Angebots- und Verhandlungsphase zuzulassen.</p> <p>Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl von drei (3) liegt, behält sich der Auftraggeber vor, das Vergabeverfahren fortzuführen, indem er die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen und die aufgestellten Mindestanforderungen erfüllen (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 3 VOB/A in Verbindung mit § 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 6 VOB/A).</p>
--	---

Gewichtung für den Zugang zur nächsten Stufe

☒ Dieses Kriterium wird für die Auswahl der Bewerber für die zweite Stufe verwendet

Art der Gewichtung:	<input checked="" type="checkbox"/> Rangfolge
	Rangfolge:
	<p>40</p> <p>(Es handelt sich hierbei um die maximal zu erreichende Punktzahl)</p>

6.5.3.2. Finanzierung

Finanzielle Vereinbarung	/
--------------------------	---

6.5.3.3. Rechtsform des Bieters

- ☐ ~~Eine bestimmte Rechtsform muss von einer Bietergruppe angenommen werden, die einen Auftrag erhält von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält anzunehmende Rechtsform~~

6.5.4. Bedingungen für den Auftrag

6.5.4.1. Bedingungen für den Auftrag

<input checked="" type="checkbox"/> Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	<p>1. Vertrag:</p> <p>Über die auftragsgegenständlichen Leistungen wird ein Totalunternehmervertrag [Anlage 907] geschlossen.</p> <p>Gemäß § 54 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (Gemeindeordnung – GemO) bedarf der Vertragsschluss der Schriftform oder muss in elektronischer Form mit einer dauerhaft überprüfbaren Signatur versehen sein. Die Unterzeichnung ist durch den Bürgermeister der Gemeinde Achberg vorzunehmen.</p> <p>Der Auftragnehmer hat die Vertragsbestandteile mit der Sachkunde eines erfahrenen Unternehmens sorgfältig auf Widersprüche, Lücken, Fehler, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber auf solche unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Dabei stimmen die Vertragsparteien überein, dass diese Verpflichtung auch bereits in dem Stadium der Vertragsanbahnung (also im Vergabeverfahren) für den interessierten Wirtschaftsteilnehmer gegolten hat.</p> <p>2. Mindestanforderungen an die Leistungserbringung:</p>
---	---

	<p>Als einzige Mindestanforderung an die Leistungserbringung, welche nicht verhandelbar ist, wird festgelegt, dass die Abwicklung des Auftrags in Deutsch zu erfolgen hat.</p> <p>3. Datenschutz:</p> <p>3.1 Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten</p> <p>Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • zum Bereitstellen von Vergabeunterlagen; • zur Beantwortung von Bieterfragen; • zur Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen; • zur Abfrage und Überprüfung der Eignung, Fachkunde und Leistungsfähigkeit; • zum Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen; • zur Aufnahme und Pflege der Bieterkartei (Fachabteilung); • zu Dokumentationszwecken; • zur Durchführung in der Vertrags- bzw. Bestellabwicklung; • zu Kommunikationszwecken. <p>Die Datenerhebung ist notwendig zur Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. c DS-GVO erhoben.</p> <p>3.2 Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten</p> <p>Ihre personenbezogenen Daten werden - soweit dies erforderlich ist - weitergegeben an</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a Gewerbeordnung • Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
--	--



- beauftragte externe Dienstleister (z. B. Projektsteuerer, Planungs- bzw. Ingenieurbüros, Ausschreibungsdienstleister, u. ä.)
- Teilnehmer von Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen
- die Fachabteilung zur Prüfung der eingegangenen Angebote und Erteilung des Zuschlags
- an die zuständige Nachprüfungsstelle, Vergabekammer bzw. Rechtsanwälte/ Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten.

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.

3.3 Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer von Vergabeunterlagen beträgt 10 Jahre.

3.4 Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht



oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- e) Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Artikel 21 DS-GVO).

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und / oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

3.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der **Aufsichtsbehörde** wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und



Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW)

Prof. Dr. Tobias Keber

Heilbronner Straße 35

70191 Stuttgart

Telefon: +49 711 615541-0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Website: <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Gemeindeverwaltung Achberg

vertreten durch den Bürgermeister

Kirchstraße 9

88147 Achberg

Telefon: +49 8380 981410

E-Mail: info@achberg.de

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Stadt Wangen im Allgäu

Amt für Prüfung und Datenschutz

Marktplatz 1

88239 Wangen im Allgäu

Telefon: + 49 7522 74 305

E-Mail: datenschutz@wangen.de

4. Erklärung Bezug Russland:

Entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2025/1494 vom 18. Juli 2025 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen oder Einrichtungen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen oder Einrichtungen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte



	<p>Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.</p> <p>Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat für diese Eigenerklärung die Anlage 327 „Erklärung_Bezug_Russland“ zu verwenden.</p> <p>Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Angebots einzureichen.</p> <p>5. Eigenerklärung zum Mindestentgelt nach § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 des Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG):</p> <p>Verpflichtungserklärung: Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass den Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht;</p> <p>oder: sein / ihr Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig ist und die Leistungen ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.</p> <p>Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat ferner zu erklären, dass er / sie sich von den von ihm / ihr beauftragten Nachunternehmen sowie Verleihunternehmen jeweils eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne einholen wird; dies gilt entsprechend für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen entlang der Leistungskette. Die entsprechenden Erklärungen sind dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen;</p> <p>oder: er / sie sich von einem beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung einholen wird, dass dieses die Leistung ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erbringt, und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen vorlegen wird.</p>
--	---



Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat für diese Eigenerklärungen die **Anlage 343 „Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt_LTMG“** zu verwenden.

Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat diese Anlage(n) ausgefüllt als Bestandteil des Angebots einzureichen.

Fehlt die geforderte Verpflichtungserklärung bei Abgabe des Angebots und wird diese auch nach Aufforderung durch den Auftraggeber nicht fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen; § 5 Abs. 4 LTMG.

6. Soweit einschlägig: Eigenerklärung zur Tariftreuepflicht nach § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG):

Soweit Beschäftigte des Bieters / der Bietergemeinschaft bei der Ausführung der Leistung vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, hat er / sie eine Eigenerklärung nach § 5 Abs. 1 in Verbindung § 3 Abs. 1 LTMG abzugeben.

Verpflichtungserklärung: Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass

- den bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), soweit die Leistung vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes



	<p>gebunden ist;</p> <ul style="list-style-type: none">• den bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht;• er / sie sich von einem von ihm / ihr beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lässt wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dem öffentlichen Auftraggeber vorlegt;• er / sie sicherstellt, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen. <p>Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat für diese Eigenerklärungen die Anlage 344 „Verpflichtungserklärung zum für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden_LTMG“ zu verwenden.</p> <p>Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat diese Anlage(n) ausgefüllt als Bestandteil des Angebots einzureichen.</p> <p>Fehlt die geforderte Verpflichtungserklärung bei Abgabe des Angebots und wird diese auch nach Aufforderung durch den Auftraggeber nicht fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen; § 5 Abs. 4 LTMG.</p>
--	---



--	--

6.5.4.2. Angaben zu geschützten Beschäftigungsverhältnissen

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	--

6.5.4.3. Angaben zur reservierten Teilnahme

- ☐ Die Teilnahme ist Organisationen vorbehalten, die zur Erfüllung von **Gemeinwohlaufgaben** tätig werden und andere einschlägige Bestimmungen der Rechtsvorschriften erfüllen
- ☐ Die Teilnahme ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern, die auf die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen abzielen, vorbehalten

6.5.4.4. Angaben zur beruflichen Qualifikation

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben	<input checked="" type="checkbox"/> Erforderlich für das Angebot
--	--

6.5.4.5. Angaben zur Sicherheitsprüfung

- ☐ Eine Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

6.6. Lose

- ☒ Keine Losaufteilung

7. Vergabeunterlagen

7.1. Anschreiben

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“

7.2. Leistungsbeschreibungen

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“

7.3. Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“

7.4. Vertragsbedingungen

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“

7.5. Sonstiges

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“

8. Kommunikation

8.1. E-Vergabe – Weitere Informationen

In der „**Verfahrensbeschreibung DTVP**“ [Anlage 101] finden die **Bewerber / Bieter** notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabeplattform.

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- und Bieterbereich der E-Vergabeplattform eingestellt werden.

Dieser Bewerber- und Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt. Bei dem Öffnen einer Nachricht der Vergabestelle mit Dateianhang haben die Bewerber / Bieter Folgendes zu beachten:

Bewerber / Bieter finden die Nachrichten der Vergabestelle unter der Schaltfläche „Kommunikation -> Eingang“.

Dort befindet sich eine Liste mit den auf der E-Vergabeplattform eingegangenen Nachrichten. Auf der rechten Bildschirmseite finden die Bewerber / Bieter sodann den Reiter „Aktion“. Hier werden in der Regel zwei (2) Symbole angezeigt.

- Das erste Symbol „Lupe“ öffnet die Nachricht, bei der der Bewerber / Bieter weiter unten auch die Dateianhänge sehen kann. Bewerber / Bieter wählen daher das Symbol „Lupe“ aus, um die Nachricht samt den Dateianhängen zu öffnen.
- Das zweite Symbol (Briefumschlag mit einem grünen Pfeil) dient zum direkten Beantworten der eingegangenen Nachricht. Wenn der Bewerber / Bieter dieses Symbol auswählt, werden die Dateianhänge einer Nachricht nicht angezeigt.

Es wird dringend empfohlen, sich mit den technischen Anforderungen rechtzeitig vertraut zu machen, um Probleme mit der Einreichung der Teilnahmeanträge / Angebote, beispielsweise aufgrund der Einstellungen der eigenen Firewall des Bewerbers / Bieters, zu vermeiden. Die Sicherstellung der fristgerechten Einreichung des Teilnahmeantrags / Angebots fällt in den Verantwortungsbereich des Bewerbers / Bieters.

8.2. Sonstige Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Vergabestelle und den Bewerbern / Bieter (beispielsweise ein Aufklärungsbegehren der Vergabestelle an einen Bewerber / Bieter oder die entsprechende Antwort auf ein Aufklärungsbegehren von dem jeweiligen Bewerber / Bieter an die Vergabestelle) erfolgt mittels direkter Nachricht über die Kommunikationsfunktion in dem Projektraum der E-Vergabepattform.

8.3. Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote

Die Teilnahmeanträge / Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen **ausschließlich in elektronischer Form** auf der E-Vergabepattform einzureichen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote sind wie vorgegeben zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der **Teilnahme- / Angebotsfrist** über die E-Vergabepattform zu übermitteln. Bei elektronischer Übermittlung in Textform sind das Unternehmen und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen. Werden Anlagen mit Unterschrift versehen, genügt auch hier für die Unterschrift die **Textform** gemäß § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Die Eintragung von Vornamen und Nachnamen der erklärenden Person sind daher ausreichend.

Hat ein Bewerber / Bieter vor Ablauf der relevanten Frist (Teilnahmefrist / Angebotsfrist) einen Teilnahmeantrag / ein Angebot über die E-Vergabepattform hochgeladen und möchte der Bewerber / Bieter diesen Teilnahmeantrag / dieses Angebot vor Ablauf der relevanten Frist gegen einen neuen Teilnahmeantrag / ein neues Angebot austauschen, zum Teil ergänzen oder bearbeiten und / oder zurückziehen, so ist Folgendes zu beachten:

- Bereits hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote können aus technischen Gründen nicht um weitere Unterlagen ergänzt werden. Ebenso ist es aus technischen Gründen nicht möglich, dass bereits auf der E-Vergabepattform hochgeladene Unterlagen im Nachhinein bearbeitet werden.

- Es besteht jedoch technisch die Möglichkeit, dass der Bewerber / Bieter bis zum Fristablauf einen weiteren vollständigen Teilnahmeantrag / ein weiteres vollständiges Angebot hochlädt.

In diesem Fall sollte der Bewerber / Bieter zuvor hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote über die E-Vergabeplattform zurückziehen.

Für den Fall, dass nach Ablauf der relevanten Frist mehrere Teilnahmeanträge / Angebote eines Bewerbers / Bieters eingegangen sind und der Bewerber / Bieter auch nicht per Nachricht über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform zuvor eingegangene Teilnahmeanträge / Angebote zurückgezogen hat, bezieht der Auftraggeber in die Wertung der Teilnahmeanträge / Angebote nur den Teilnahmeantrag / das Angebot des Bewerbers / Bieters ein mit dem hinsichtlich des relevanten Fristablaufs zeitlich jüngsten Eingangsdatum (Datum und Uhrzeit), wie es die E-Vergabeplattform dokumentiert hat. Zuvor eingegangene zeitlich ältere Teilnahmeanträge / Angebote desselben Bewerbers / Bieters gelten automatisch als zurückgenommen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen zwingend über die auf der E-Vergabeplattform vorgesehene Funktion zur Abgabe des Teilnahmeantrags / des Angebots eingereicht werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Teilnahmeanträge / Angebote verschlüsselt werden und somit kein vorfristiger Zugriff durch den Auftraggeber möglich ist. Teilnahmeanträge / Angebote die unverschlüsselt, beispielsweise über die Bieterkommunikation, eingereicht werden, müssen ausgeschlossen werden.

Eine Übermittlung der Teilnahmeanträge / der Angebote per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail) oder fernschriftlich ist **nicht** zugelassen. Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen vollständig sein. Für die Teilnahmeanträge / Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Anlagen – **in der jeweils aktuellen Version** – zu verwenden. Das Einreichen einer veralteten Version der Anlage(n) kann zum Ausschluss führen.

Bewerber / Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote nicht anwesend sein (vgl. § 14 EU Abs. 1 Satz 1 VOB/A).

8.4. Anlagen des Auftraggebers

Es sind diejenigen Anlagen zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag / Angebot einzureichen, welche dem **Vergabeleitfaden** beigelegt sind.

8.5. Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

8.6. Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber wird gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (WRegG) für Bieter, die den Zuschlag erhalten sollen, vor Erteilung des Zuschlags bei der Registerbehörde abfragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter gespeichert sind.

8.7. Statistische Abfragen

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren.

Der Auftraggeber fragt daher rein informatorisch mittels der freiwillig auszufüllenden **Anlage 302 „Informatorischer Abfragebogen“** von dem Bieter / der Bietergemeinschaft ab,

- die offizielle Bezeichnung des Unternehmens;
- die nationale Identifikationsnummer des Unternehmens ;
- die Größe des Unternehmens, das heißt, ob das Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines, mittleres Unternehmen oder Großunternehmen im Sinne der „Empfehlung 2003/361/EG“ [Anlage 103] erfüllt;
- die Hauptadresse (URL) des Unternehmens;
- Postanschrift, Postleitzahl, Ort und Land des Sitz des Unternehmens;
- welcher NUTS-Code dem Sitz des Unternehmens entspricht;
- die E-Mail-Adresse des Unternehmens;

- die Telefonnummer des Unternehmens;
- die Faxnummer des Unternehmens [sofern vorhanden];
- ob das Unternehmen börsennotiert ist; und
- die Staatsangehörigkeit(en) des / der Eigentümer(s).

Die Erhebung dieser Daten wird je nach Bedarf benötigt für die EU-Vergabebekanntmachung als auch für die Vergabestatistikmeldung. Die Angaben des Bieters zu dieser Abfrage haben keine Auswirkung auf die Prüfung der Angebote.

8.8. Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber / Bieter haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Bewerbern / Bietern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Bewerber / Bieter diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

8.9. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Das darin enthaltene Knowhow gehört einem externen Berater. **Die Vergabeunterlagen nebst allen Anlagen sind urheberrechtlich © geschützt.** Sie dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – und jede Nutzung für andere Zwecke – beispielsweise für andere Vergabeverfahren – sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Berechtigten nicht gestattet.

Wird kein Teilnahmeantrag / Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bewerbers / Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.

Die Bewerber / Bieter haben in ihren Teilnahmeanträgen und in ihren Angeboten diejenigen Stellen zu bezeichnen oder zu markieren, die dem **Geheimschutz** im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen. Soweit die Unterlagen keine entsprechende Kennzeichnung enthalten, wird davon ausgegangen, dass sie keine Fabrikations-, Betriebs- und / oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

8.10. Beschaffung weiterer Informationen

Damit der Auftraggeber mit den Bewerbern / Bieter besser kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, sich – soweit nicht bereits geschehen – auf der E-Vergabeplattform freiwillig und kostenlos zu registrieren.

Durch die kostenfreie Registrierung vor dem Download der Vergabeunterlagen auf der E-Vergabeplattform nehmen die Bewerber / Bieter automatisch an der elektronischen Kommunikation teil.

Fragen an den Auftraggeber sind ausschließlich über die Kommunikationsfunktionsfunktion der E-Vergabeplattform zu richten.

Nach Fertigstellung der Teilnahmeanträge / Angebote können die Bewerber / Bieter diese nach erfolgter Registrierung medienbruchfrei und kostenlos auf der E-Vergabeplattform hochladen.

Änderungen oder Ergänzungen von Registrierungsangaben (beispielsweise die Änderung der E-Mail-Adresse) sind unverzüglich auf der angegebenen E-Vergabeplattform vorzunehmen.

Ab der erfolgten Registrierung informiert die angegebene E-Vergabeplattform die Bewerber / Bieter, die sich freiwillig registriert haben, ob neue beantwortete Bewerber- / Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zum Download auf der E-Vergabeplattform bereitgestellt wurden.

Hierzu erhalten die registrierten Bewerber / Bieter eine Information per E-Mail, dass auf der E-Vergabeplattform eine neue Information zum Verfahren eingestellt wurde.

Im Falle von Abwesenheitsmitteilungen eines registrierten Bewerbers / Bieters erfolgt kein erneuter Versand der Informationen, weder an dieselbe E-Mail-Adresse noch an irgendeine in der Abwesenheitsmitteilung angegebene E-Mail-Adresse.

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist eine Registrierung zwar nicht erforderlich. Ohne eine solche Registrierung kann der öffentliche Auftraggeber die nicht registrierten Bewerber / Bieter über nachträgliche Informationen jedoch nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es den nicht registrierten Bewerbern / Bietern sich auf der E-Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen, wie beispielsweise über neue beantwortete Bewerber- / Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Obliegenheit besteht bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote.

Bewerber / Bieter sind gut beraten, **spätestens zwei (2) Arbeitstage** vor Ablauf der Teilnahmefrist / jeweiligen Angebotsfrist den Teilnahmeantrag / das Angebot rechtzeitig elektronisch über die E-Vergabeplattform einzureichen. Damit besteht im Falle von technischen Schwierigkeiten für die Bewerber / Bieter noch ausreichend Zeit, diese mit ihrer internen IT und / oder mit dem E-Vergabeplattform-Anbieter zu beheben. Beispielsweise könnten die **Dateinamen zu lang** oder die **Datei von der Datenmenge her zu groß** sein. **Außerdem wird dringend empfohlen, keine Umlaute und Sonderzeichen in der Dateibezeichnung zu verwenden.**

Zudem sind Bewerber / Bieter gut beraten, vor Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebots im Downloadbereich der E-Vergabeplattform zu überprüfen, ob geänderte Unterlagen oder Anlagen eingestellt wurden.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ des Bewerbers / Bieters besteht. Diese Obliegenheit besteht unabhängig von einer Registrierung.

8.11. Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich der Auftraggeber in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor.

8.12. Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Der Bewerber / Bieter hat die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen zu überprüfen und fehlende Unterlagen beim Auftraggeber anzufordern.

Ergeben sich für den Bewerber / Bieter Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen Unklarheiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bewerber / Bieter gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich, möglichst spätestens zu den von dem Auftraggeber in

diesem Vergabeverfahren kommunizierten Fristen **ausschließlich** über **die E-Vergabeplattform** sich zu registrieren (falls noch nicht geschehen) und seine Fragen unter der Bezugnahme auf dieses Vergabeverfahren zu stellen und auf die Unklarheiten bzw. Fehler hinzuweisen.

Die Fragen sind mithilfe des **Fragen-Antworten-Katalogs [Anlage 104]** zu erstellen. Die **Bewerber / Bieter** haben darin klar anzugeben, auf welche **Kapitel** in dem **Vergabeleitfaden** und in der **Leistungsbeschreibung**, welche **Nummern** in dem **Vertrag** sowie auf welche **Seiten** in den **Anlagen** unter Angabe der Anlagennummer (**Nr.**) sich die jeweilige Frage bezieht.

Anfragen außerhalb der E-Vergabeplattform werden inhaltlich nicht beantwortet und können zu dem Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme an Vergabeverfahren über einen Zeitraum von drei (3) Jahren führen, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) in Verbindung mit § 126 Nr. 2 GWB.

Der Auftraggeber stellt Antworten auf Fragen mittels dem **Fragen-Antworten-Katalog [Anlage 104]** im PDF-Format allen Bietern zum Download in dem Projektraum der E-Vergabeplattform zur Verfügung.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bei fehlender Registrierung bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ der Bewerber / Bieter besteht.

Im Falle von Widersprüchen in den in dem **Fragen-Antworten-Katalog [Anlage 104]** genannten Antworten des Auftraggebers gehen die Antworten mit einer höheren Nummerierung denjenigen Antworten mit einer niedrigeren Nummerierung vor.

9. Allgemeine Anforderungen an die Angebote

Die Angebote haben die geforderten Angaben, Erklärungen und Preise vollständig zu enthalten und sind rechtzeitig ausschließlich über die E-Vergabeplattform einzureichen (vgl. § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 VOB/A).

10. Checkliste Teilnahmeantrag

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft wird gebeten einen Teilnahmeantrag zu erarbeiten und diesen form- sowie fristgerecht ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Hierzu ist auch die **Anlage 200 „Anschreiben Teilnahmewettbewerb“** zu verwenden.

Mit dem **Teilnahmeantrag** übermitteln die **Bewerber / Bewerbergemeinschaften** die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Teilnahmeanträge. Als **Anlage 105** ist eine „**Checkliste Teilnahmeantrag**“ beigefügt, die der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass der Teilnahmeantrag vollständig ist. Ein nicht vollständiger Teilnahmeantrag kann zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen.

11. Checkliste Angebote

Mit dem Angebot übermitteln die Bieter / Bietergemeinschaften die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Angebote. Als **Anlage 106** ist eine „**Checkliste Angebote**“ beigefügt, die der Bieter / die Bietergemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass sein / ihr Angebot vollständig ist. Ein nicht vollständiges Angebot kann zum Ausschluss des Angebots führen.

12. Ortsbesichtigung

Die Bieter, die zu der Abgabe eines indikativen Erstangebot aufgefordert wurden, können **vor** der Abgabe eines indikativen Erstangebots an einer von dem öffentlichen Auftraggeber geführten Ortsbesichtigung teilnehmen.

Da die Angebote ohne eine Ortsbesichtigung erstellt werden können, ist die Teilnahme an einer Ortsbesichtigung keine verbindliche Vorgabe.

Über weitere Einzelheiten informiert der Auftraggeber die Bieter über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform. Die Ortsbesichtigungen finden in dem Zeitraum statt, der sich aus dem Terminplan – Kapitel 3 dieses Vergabeleitfadens (Anlage 900) – ergibt.

13. Verhandlungen

☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten, wenn er sich in der Auftragsbekanntmachung diese Möglichkeit vorbehalten hat.

☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der

Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern.

13.1. Verhandlungsvorschläge

Die Bieter werden angehalten, mit der Einreichung ihrer **indikativen Erstangebote** (und mit den indikativen Folgeangeboten) in der **Anlage 402 „Verhandlungsvorschläge“** Anregungen zu machen, über welche einzelnen Teile der Leistungsbeschreibung und der vertraglichen Regelungen eine Verhandlung aus ihrer Sicht sinnvoll erscheint (**Verhandlungsvorschläge**). Hierbei sollen die Bieter ihre Anregungen jeweils wie folgt gliedern:

1. Zitat der Regelung, über die eine Verhandlung erwünscht ist;
2. konkreter alternativer Formulierungsvorschlag für diese Regelung; und
3. Begründung, warum diese Regelung in diesem Sinne verhandelt werden soll und welche Vorteile durch eine etwaige Änderung für den Auftraggeber und den Auftragnehmer entstehen würden.

Soweit ein Bieter Verhandlungsvorschläge nicht mit diesen Angaben wie dargestellt gegliedert mit seinem indikativen Erstangebot (und mit den indikativen Folgeangeboten) einreicht, hat der Bieter keinen Anspruch darauf, dass der Verhandlungsvorschlag im Rahmen des Verhandlungstermins behandelt wird.

Soweit ein Verhandlungstermin stattfindet, wird insbesondere über die Leistungserbringung und über die Bedingungen des Vertrags verhandelt.

Die Verhandlungsgegenstände ergeben sich im Übrigen aus den Einladungsschreiben zu den Verhandlungsgesprächen.

Bei der Abgabe der (verbindlichen) **endgültigen Angebote** sind **keine Verhandlungsvorschläge** mehr einzureichen. Solche Verhandlungsvorschläge haben für die endgültigen Angebote keine Relevanz und werden daher nicht berücksichtigt.

13.2. Verhandlungstermine

Der Auftraggeber wird die Verhandlung in verschiedenen Phasen abwickeln – soweit er nicht von seinem Recht Gebrauch macht, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Erstangebot zu erteilen. Der Auftraggeber wird mindestens die **drei (3)** wirtschaftlichsten Bieter (bezogen auf das Erstangebot – und bei Bedarf bezogen auf das Folgeangebot) zu einem nach Wahl des Auftraggebers **digitalen** oder **Vor-Ort-Verhandlungstermin** einladen. Der Auftraggeber legt fest, für welches Zeitfenster er welchen Bieter jeweils einlädt.

An der Verhandlung sollen möglichst der für die Leistungserbringung vorgesehene **Projektleiter** und der **stellvertretende Projektleiter** mit einem ausgeglichenen Redeanteil teilnehmen.

Die Unterlagen der Angebotspräsentation müssen bereits mit dem indikativen Erstangebot vollständig (bspw. als PDF-Dokument) eingereicht werden und dürfen nicht mehr als 20 DIN-A4-Seiten bzw. 20 Folien (bspw. PPT) umfassen. Bei Überschreitungen darf über Inhalte nach Ende der 20. Seite bzw. der 20. Folie nicht weiter präsentiert werden.

Die Verhandlung erstreckt sich auf einen Zeitraum von ca. **120 Minuten** und gliedert sich wie folgt:

1. Vorstellungsrunde und Einleitung (ca. 5 Min.);
2. Angebotspräsentation möglichst durch den **Projektleiter** und den **stellvertretenden Projektleiter** mit ausgeglichenem Redeanteil unter Bezugnahme auf die bereits mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen der Angebotspräsentation (ca. 20 Min.);
3. Fragen und Anmerkungen des Auftraggebers (ca. 40 Min.);
4. Besprechung von Verhandlungsvorschlägen der Bieter (ca. 50 Min.); sämtliche etwaigen Änderungswünsche an dem Entwurf des Totalunternehmervertrags [Anlage 907] nebst Anlagen;

5. Verabschiedung (ca. 5 Min.).

Der Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.

Durch die Verhandlungsgespräche erhalten die Bieter insbesondere die Möglichkeit, ihre Angebote hinsichtlich der festgelegten Zuschlagskriterien für die Abgabe der endgültigen Angebote anzupassen, um eine höhere Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und insoweit mehr (Bewertungs-)Punkte zu erhalten.

Außerdem können die Bieter durch die Verhandlungsvorschläge in Kombination mit den darauf aufbauenden Verhandlungsgesprächen auf den Auftraggeber einwirken mit dem Ziel, dass insbesondere die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Bedingungen optimiert werden können. Dies dient der Transparenz, weil die Zuschlagskriterien in aller Regel nicht verändert werden dürfen, sondern nur die Angebote durch die Bieter einerseits und zuvor die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Regelungen durch den Auftraggeber andererseits.

Es darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden **mit Ausnahme der von dem Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen an die Leistungserbringung, die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung** (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 5 VOB/A).

Ausschließlich die Bieter, die an den Verhandlungsterminen teilgenommen haben, werden zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert.

14. Anlagen

- Anlage 101 – Verfahrensbeschreibung DTVP
- Anlage 103 – Empfehlung 2003/361/EG
- Anlage 104 – Fragen-Antworten-Katalog
- Anlage 105 – Checkliste Teilnahmeanträge
- Anlage 106 – Checkliste Angebote
- Anlage 200 – Anschreiben Teilnahmewettbewerb

- Anlage 201 – Ausschlussgründe
- Anlage 202 – Bewerber-_Bietergemeinschaft
- Anlage 204 – Eignungsleihe
- Anlage 206 – Unternehmensbezogene Referenzprojekte
- Anlage 214 – Vergaberechtliche Verpflichtungserklärung
- Anlage 302 – Informatorischer Abfragebogen
- Anlage 303 – Unterauftragsvergabe
- Anlage 327 – Erklärung Bezug Russland
- Anlage 343 – Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt_LTMG
- Anlage 344 – Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden_LTMG
- Anlage 402 – Verhandlungsvorschläge
- Anlage 600 – Erfahrung des Projektteams
- Anlage 802 – Funktionale Leistungsbeschreibung
- Anlage 802a – Raumprogramm
- Anlage 802b – Organigramm
- Anlage 803 – Preisblatt
- Anlage 807 – Fördermittelbestimmungen Feuerwehrwesen
- Anlage 807a – Handreichung zu den Fördermittelbestimmungen Feuerwehrwesen
- Anlage 811 – Lageplan
- Anlage 812 – Auszug Liegenschaftskataster
- Anlage 814 – Geotechnischer Bericht
- Anlage 815 – orientierende abfallrechtliche Bodenuntersuchungen mit Verwertungs-/Entsorgungskonzeption

- Anlage 900 – (dieser) Vergabeleitfaden
- Anlage 907 – Totalunternehmervertrag